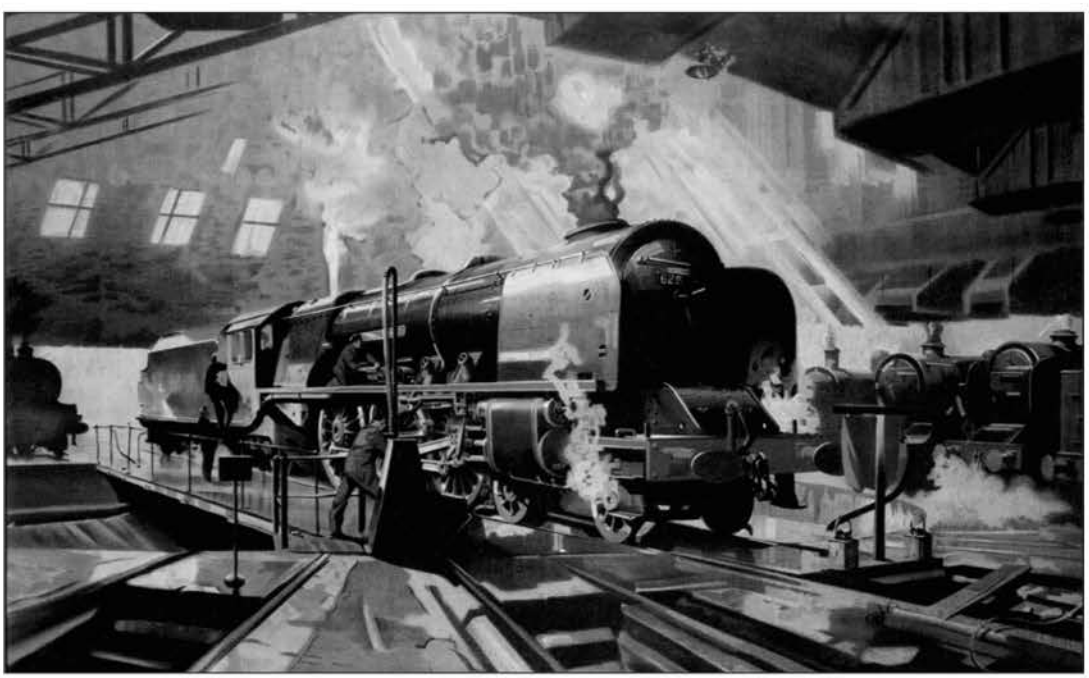
Ingo Köhler, Eva-Maria Roelevink (Hg.)

Transformative Moderne: Struktur, Prozess und Handeln in der Wirtschaft

Festschrift für Dieter Ziegler zum 65. Geburtstag



Ingo Köhler und Eva-Maria Roelevink (Hg.)

Transformative Moderne: Struktur, Prozess und Handeln in der Wirtschaft
Festschrift für Dieter Ziegler zum 65. Geburtstag

UNTERSUCHUNGEN
ZUR WIRTSCHAFTS-, SOZIAL- UND TECHNIKGESCHICHTE

Band 31

Transformative Moderne: Struktur, Prozess und Handeln in der Wirtschaft

Festschrift für Dieter Ziegler zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von
Ingo Köhler und Eva-Maria Roelevink

GESELLSCHAFT FÜR WESTFÄLISCHE WIRTSCHAFTSGESCHICHTE E. V.
DORTMUND/MÜNSTER 2021

Titelbild: Terence Tenison Cuneo: The Day Begins –
L.M.S. (London Midland & Scottish Railway), 1946
© Terence Tenison Cuneo / Alamy Stock Photo

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-87023-461-4 (ePDF)
ISBN 978-3-87023-457-7 (Print)

© Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e.V., Dortmund 2021.
Erschienen in der Ardey-Verlag GmbH, Münster.
Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt

Zum Geleit 9

Transformation und Moderne: Perspektiven auf die Wirtschaftsgeschichte

Ingo Köhler (Berlin) und Eva-Maria Roelevink (Mainz)
Transformative Moderne und Transformation(en) der Wirtschaft. Eine Einleitung 13

Stefan Berger (Bochum)
Wirtschafts- und Sozialgeschichte schreiben im 21. Jahrhundert – einige Reflektionen zur Entwicklung einstiger „Königsdisziplinen“ seit den 1970er Jahren 19

Constantin Goschler (Bochum)
Transformation Reloaded? Die Rolle der Sozialwissenschaften, Zeitgeschichte und Wirtschaftsgeschichte bei der Erforschung des deutschen Einigungsprozesses 27

Märkte der Moderne: Transformationen der Wirtschaftsstruktur

Ulrich Pfister (Münster)
Strukturbrüche im Übergang zum modernen Wirtschaftswachstum: Deutschland vom 17. zum 19. Jahrhundert 45

Marcel Boldorf (Lyon)
Deutschlands Industrialisierung als regionaler Transformationsprozess: Plädoyer für eine Vielfalt der Wirkungskräfte 65

Ralf Banken (Frankfurt a.M.) und Ray Stokes (Glasgow)
Branchendynamik und Distributionslogistik: Das Fallbeispiel der Gaseindustrie 1900–1990 85

Nancy Bodden (Bochum)
Falsche Rücksichtnahme auf die „Sensibilität der Kundschaft“?
Der Widerstand der Dortmunder Brauereien gegen eine deutsche
Einheitsbierflasche in den 1950er Jahren 109

Christian Kleinschmidt (Marburg)
Die chinesische Herausforderung. Innovationssystem, Innovationskultur
und offene Gesellschaften 125

Montane Moderne: Glokale Transformationen

Karl-Peter Ellerbrock (Dortmund)
Archive der Wirtschaft und regionale Identitätsbildung im Ruhrgebiet 149

Juliane Czierpka (Bochum)
Von Drachen und Zebras. Desiderate der Wirtschaftsgeschichte des
Ruhrbergbaus nach 1945 177

Eva-Maria Roelevink (Mainz)
Narrative Transformation: Die Entstehung von Thyssens „Die Feuer
verlöschen nie“ (1966 und 1969) 197

Britta Korten und Andreas Zilt (Duisburg)
Thyssen und Rheinstahl: Eine gelungene Fusion?
Kommunikationsstrategien und öffentliche Wahrnehmung 223

Management der Moderne: Transformationen im Unternehmen

Ralf Stremmel (Essen)
Transformation steuern. Der Industrielle Alfred Krupp (1812–1887)
regelt seine Nachfolge 249

Boris Gehlen (Stuttgart)
Diskontinuität einer Funktionselite? Sozialstruktur und Karrierefaktoren
leitender Reichsbankbeamter der Weimarer Zeit 269

Falk Liedtke (Witten)
„Wachstumsschmerzen“. Defizite der zentralisierten Kreditüberwachung
der Commerzbank im Zuge der Filialexpansionen 1916–1932 295

Andrea Schneider-Braunberger (Frankfurt a.M.)
Die Wechselwirkung von Krisen und Wandel in kleineren und mittleren Familienunternehmen 313

Stephanie Tilly (Köln)
Privatbankier im ländlichen Raum. Das Bankhaus C.L. Seeliger 1794–2019: Unternehmensstrukturen im Wandel 329

Ingo Köhler (Berlin)
Aufstieg der Stiftungsunternehmen. Neue Formen der hybriden Governance von Familienunternehmen, 1950–2000 357

Manövrierte Moderne: Transformationen der Wirtschaftssteuerung

Werner Plumpe (Frankfurt a.M.)
Steuerungsillusionen: Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus 387

Lutz Budrass (Bochum)
„Der Staat der Arbeit und des Friedens“? Zur Debatte über die Handlungsspielräume von Unternehmen in der nationalsozialistischen Aufrüstung 405

Harald Wixforth (Bremerhaven/Bremen)
Bankiers während des Nationalsozialismus – Mitläufer, Mitwisser, Mittäter? 427

Johannes Bähr (Frankfurt a.M.)
Öde Hauptversammlungen und das Recht der Aktionäre. Warum das Aktiengesetz von 1965 nicht zu der geplanten Reform des Depotstimmrechts führte 453

Louis Pahlow (Frankfurt a.M.)
Deregulierung als permanente Transformation 479

Ralf Ahrens (Potsdam)
Varieties of Subsidization? Die staatliche Förderung der Computerindustrie in der Bundesrepublik und Großbritannien von den 1960er bis 1980er Jahren 495

Publikationsverzeichnis von Prof. Dr. Dieter Ziegler 515

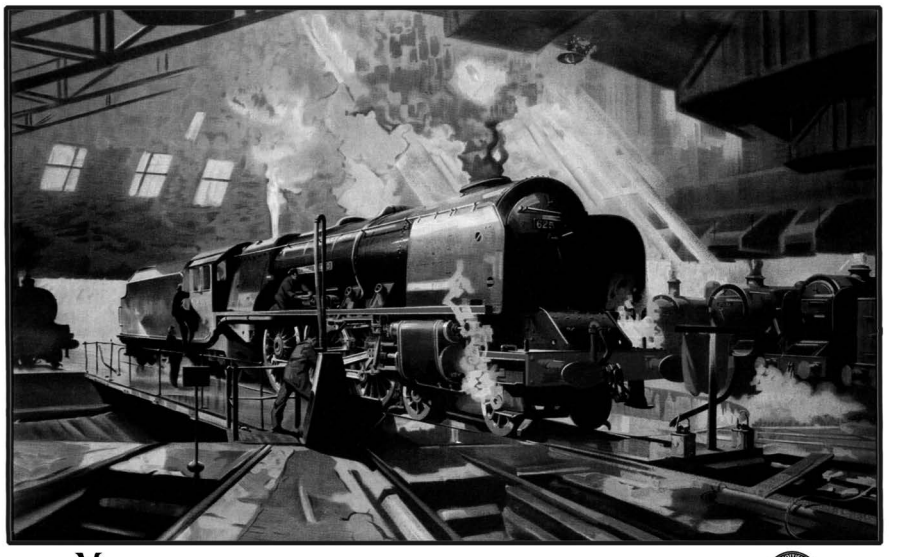
Zum Geleit

„Transformative Moderne“ ist ein wuchtiger Titel. Der vorliegende Band, der 24 Einzelbeiträge überwiegend aus der Feder renommierter Wirtschafts- und Sozialhistoriker umfasst, fragt nach nichts geringerem als nach „Struktur, Prozess und Handeln in der Wirtschaft“ mit einem zeitlichen Fokus auf dem 20. Jahrhundert, wenngleich auch die wichtigsten Entwicklungsprozesse des 18. und 19. Jahrhunderts im Übergang zu den Märkten der Moderne nicht vergessen werden. Es ist dies nicht der Ort, alle Beiträge einzeln zu würdigen und mit Blick auf das Rahmenthema mit seinen einzelnen Facetten einzuordnen; das haben die Herausgeber Eva-Maria Roelevink und Ingo Köhler in ihrer Einführung souverän und präzise getan. Uns begegnen in diesem Band Strukturbrüche, regionale Transformationsprozesse ebenso wie spezielle Betrachtungen zu einzelnen Branchen, wirtschaftlichen Eliten, Unternehmens- und Unternehmertypen oder Wirtschaftsräumen mit zum Teil auch politisch engagierten Beiträgen etwa zur historischen Neubewertung des Ruhrgebiets. Den Schlussstein setzen sechs Beiträge zu „Transformationen der Wirtschaftssteuerung“, wobei natürlich die Zeit des Nationalsozialismus einen besonderen Schwerpunkt bildet. Gewidmet ist der Band Dieter Ziegler, Inhaber des Bochumer Lehrstuhls für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, zu seinem 65. Geburtstag im Januar 2021. Dass dieser Band nicht, wie zu solchen Anlässen durchaus nicht unüblich, einfach ein bunter Blumenstrauß, sondern ein konzeptioneller Band mit hohem Anspruch geworden ist, zeigt die wissenschaftliche Qualität seiner Forschung und Lehre. Wir danken Herrn Ziegler, der seit 2004 im Vorstand unserer Gesellschaft mitwirkt, für seine langjährige Unterstützung und seine immerwährende Kooperationsbereitschaft vor allem auch mit dem Westfälischen Wirtschaftsarchiv. Unser Dank gilt schließlich auch den Herausgebern, die nicht nur das wissenschaftliche Konzept entwickelt, sondern auch die komplette Redaktion übernommen haben. Ich wünsche dem Band eine angemessene Aufnahme in der Fachwelt.

Dortmund, im Januar 2021

Dr. Ansgar Fendel
Vorsitzender der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte

Transformation und Moderne: Perspektiven auf die Wirtschaftsgeschichte



LMS

THE DAY BEGINS

Ingo Köhler (Berlin) und Eva-Maria Roelevink (Mainz)

Transformative Moderne und Transformation(en) der Wirtschaft. Eine Einleitung

„The day begins". Mit diesem, auch den Titel des Bandes zierenden Plakat von Terence T. Cuneo rahmt Dieter Ziegler seine Perspektive auf die Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum.[1] Das Plakat wurde keineswegs, wie man intuitiv annehmen möchte, als Versinnbildlichung der britischen industriellen Vorreiter- und Vorherrschaft im ausgehenden 18. oder 19. Jahrhundert entworfen. Es ist vielmehr ein Nachkriegsprodukt. Cuneo hat es kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, 1946, für die renommierte und traditionsreiche LMS, die London Midland & Scottish Railway, angefertigt. Cuneo arbeitete seine ikonographische Darstellung vor dem Hintergrund einer für die auftraggebende LMS substanziellen Veränderung der Rahmenbedingungen aus. Auch ohne dies anhand der technischen Weiterentwicklung im Lokomotivbau zu identifizieren, weist die Darstellung darauf hin. Mit der ikonographischen Darstellung von Lokomotiven werden seit der Industrialisierung Momente von umwälzender Dynamik und neuerlichem Aufbruch eingefangen und verbildlicht. In aller Regel fahren die dargestellten Loks dabei unter Volldampf einer glorreichen und neuen Zukunft entgegen, illustriert durch die fest gelegten Gleise. Anlehnungen an diese Momente von Dynamik und Wandel finden sich auch in Cuneos Darstellung. Und doch ist seine hier präsentierte Lok anders. Denn sie ist zwar angeheizt, sie fährt aber noch nicht; sie ist auf einer Drehscheibe platziert und befindet sich im Wartestand. Das macht diese Darstellung zu einer besonderen und außergewöhnlichen Darstellung. Über die Richtung, in die sich die Lok bewegen wird, kann der Betrachter nur spekulieren. Die weitere Entwicklung, so scheint Cuneo aufzeigen zu wollen, birgt Richtungswechsel, die noch nicht absehbar sind. „The day begins" ist deshalb komplexer, es knüpft an die etablierte Ikonographie an, wertet die Zukunft aber bewusst offen.

Die Allegorie versinnbildlicht damit nicht zuletzt, dass Weichenstellungen und Wechsellagen, die sich auf der strukturellen Ebene, in der prozessualen Veränderung und in der Anpassung konkreten Handelns abbilden, erst in der Rückschau in ihrer Bedeutung erklärt und verstanden werden können. Derartige Transformationen in der Moderne, Veränderungsschübe und -konstellationen in der Wirtschaft bilden das Thema des Bandes. Transformationen sind dabei zunächst – ganz wie das Titelbild impliziert – durch ihre Zukunftsoffenheit zu charakterisieren. Die Schübe, Eruptionen und Disruptionen, ja, selbst der inkrementelle (technische) Fortschritt und mitunter langsame Formwandel unternehmerischen Handelns sind in ihrem Ergebnis und ihrer Wirkung für die Zeitgenossen kaum abzuschätzen. Auch die auftraggebende LMS, seinerzeit eine der Big Four unter den britischen Eisenbahngesellschaften, hatte zum Zeitpunkt der Plakatanfertigung zwar die

1 Siehe https://www.ruhr-uni-bochum.de/wug/.

wohlbegründete Erwartung einer grundlegenden Veränderung. Dass die LMS aber 1947 aufgelöst und dann 1948 in der neuen britischen Staatsbahn British Railways aufgehen würde, war noch nicht klar und vor allem waren die mittel- und auch langfristigen Konsequenzen dieses grundlegenden Wandels für die Gesellschaft, seine Manager und auch das britischen Eisenbahnsystem noch nicht abzusehen.

Die Transformationsforschung erlebt, besonders in der Geschichtswissenschaft, einen Boom. Als Forschungsanstrengung zu historischen Übergängen, die sich frei von „nationalen" Verengungen einfassen lassen, die sowohl lokal, global und transnational zu analysieren sind, ist das Konzept eigentlich wie gemalt für einen anschlussfähigen und wichtigen Beitrag der Wirtschaftsgeschichte, die zwar durchaus nationalstaatlich gelesen werden kann, die aber schon immer die grenzüberschreitenden und damit über Staatsgrenzen hinausgehenden Verbindungen, Verflechtungen und auch glokalen Bezugspunkte identifiziert und erforscht hat. Die hier vereinten Beiträge nehmen dies zum Ausgangspunkt, um einerseits Befunde aktueller wirtschaftshistorischer Forschung zu präsentieren und andererseits die Vielschichtigkeit transformativer Übergänge in der Wirtschaft aufzuzeigen. Sie sehen in Transformationen komplexe Veränderungsprozesse und betonen die Wirkung eruptiver Brüche und Krisen seit der und im Übergang zur industriellen Moderne im engeren wirtschaftlichen Feld, aber auch darüber hinaus in ihrer sozialen und kulturellen Einbettung. Sie verdeutlichen damit: Transformationen können sich auf verschiedenen, auch in wechselseitig zueinanderstehenden Handlungsebenen niederschlagen und vielfältige Konsequenzen auslösen. Die Perspektive auf wirtschaftliche Transformation(en) lädt darüber hinaus dazu ein, gleichermaßen die Strukturen und Entwicklungspfade auf der Makroebene, die disruptiven Kräfte von geteilter Umbruch- und Kontingenzerfahrung auf der Mesoebene sowie das Prozesshandeln der Wirtschaftsakteure auf der Mikroebene zu betrachten und mit- oder auch gegeneinander in Beziehung zu setzen. Mit der dieserart angelegten multidimensionalen Perspektive rückt eine der Stärken unserer Fachdisziplin in den Vordergrund: das stets mitgeführte und analytische Axiom, die Moderne als vielschichtig und dynamisch, als transformativ, zu begreifen. Transformationen fußen dabei auf Lernprozessen, bei denen etablierte Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen durch Reflexion und manchmal auch infolge von nicht erfolgter Reflexion über Wandel reformiert und umgestaltet werden (müssen). Auch die systemische Transformation hat eine Verankerung im Individuellen, in wegweisenden unternehmerischen Entscheidungen; sie ist aber ohne die kollektive Aushandlung über gemeinsame Leitbilder nicht zu denken. Insofern ist es für die drei Betrachtungsebenen des Fachs zentral, auch die Fragen nach den Wirkungen und Wirkungsmechanismen von Wissen neu zu stellen. Strukturen und Systeme erscheinen dabei als formative Kanäle von Informationsflüssen, die in ihrer jeweiligen historischen Gebundenheit einen höchst variablen Grad der Offenheit oder Begrenzung in der Diffusion von Wissen entwickeln konnten. Welche Arenen die Akteure für ihr wirtschaftliches Handeln in den vielfältigen Transformationen der Moderne erkannten und nutzen konnten, hing nicht zuletzt von den Kommunikationsräumen ab, in denen sie institutionell eingebunden waren. Erwartungen

an die zukünftigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle waren hier zentral, sie wirkten nicht selten handlungsleitend. Ob der Prozess der Industrialisierung und seine strukturellen Vorbedingungen, die Genese der Konsumgesellschaft, der Wandel von Produktionssystemen und die Konstruktion von Wirtschaftsräumen, die Folgeabschätzung der Globalisierung oder die einschneidenden Wirtschafts- und Finanzkrisen der Moderne – sie alle sorgten für eine Abwertung der als überkommen bewerteten Annahmen und Handlungsroutinen und erhöhten den Druck, nach Neuerungen zu suchen und diese zu erproben, um die eigentlich permanente ökonomische Transformation in ihrer gesellschaftlichen und kulturellen Einbettung neu auszutarieren und sich in dieser sich wandelnden Struktur zu verorten.

Der Band richtet die Frage nach der transformativen Moderne zunächst an das Fach selbst. *Stefan Berger* reflektiert darüber, wie sich die beiden „Königsdisziplinen" Sozial- und Wirtschaftsgeschichte seit den 1970er Jahren entwickelt haben und konstatiert, dass der stringent sozialhistorische Ansatz der Bielefelder Schule an Bedeutung verloren hat. Beide Fächer bzw. das Fach sind im Rahmen der allgemeinen Differenzierung anschlussfähiger und grundsätzlich pluraler geworden. Für ein integratives Vorgehen und damit eine Überwindung der alten Arbeitsteilung von Zeit- und Wirtschaftsgeschichte plädiert *Constantin Goschler*. Die anstehenden Forschungen zur „Transformation Ost" sind nur in Kombination der Methoden und Erträge beider Disziplinen kompetent zu bewältigen. Die Zeit- und Wirtschaftsgeschichte belagern sich nicht, sie sollten ihre Potentiale vielmehr in eine Wahlverwandtschaft investieren.

Als große strukturelle Transformation, die gleichsam den Übergang zu den „Märkten der Moderne" markierte, wird oftmals die Industrialisierung gesetzt. *Ulrich Pfister* geht dieser postulierten Wegmarke nach und zeigt anhand der Veränderung von Reallohn und Bevölkerungsentwicklung, dass das Einschlagen neuer Pfade zum „modernen Wirtschaftswachstum" ein andauernder, keineswegs aber abrupter Vorgang war. Während die Perspektive Pfisters sich an die Unified Growth Theory anlehnt, geht *Marcel Boldorf* der oft als modernisierungstheoretisch kritisierten älteren Industrialisierungsforschung nach und betont die regionale Spezifik dieses grundlegenden und transformativen Wandels. Graduelle Transformationsprozesse auf einer Branchenebene beschäftigen *Ralf Banken* und *Ray Stokes*. Die Gaseindustrie gehört dabei kaum zu den Branchen, der eine – um im Bild zu bleiben – Lokomotivfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung zuerkannt wird bzw. deren transformative Wirkung unmittelbar augenscheinlich ist. Das liegt ganz wesentlich daran, dass die Bedeutung dieser Branche weniger von ihrer Produktionsseite her zu erschließen ist, sie also keine sichtbaren Endprodukte, sondern eher Infrastruktur erzeugt. Ihre Relevanz, ihre infrastrukturelle, ihre über- und transnationale Bedeutung ergibt sich vielmehr aus ihrer nachfrageorientierten Vertriebstechnik. Eine nachfrageinduzierte Transformation legte auch die Veränderung der Bierkonsumgewohnheiten in der Nachkriegszeit nahe. Ganz anders aber als etwa die Gaseindustrie zeigten sich bei den traditionell eng geclusterten Dortmunder Brauereien Lock-in-Effekte, die den eigenen Markterfolg mittelfris-

tig einschränkten. Wie *Nancy Bodden* zeigen kann, sperrten sich die Brauereien aus einem Traditionsbewusstsein heraus gegen die Einführung der vom Bundesverband befürworteten und von den Konsumenten nachgefragten Steinie-Flaschenform im Biervertrieb. Um die Frage nach Innovations- und Anpassungsfähigkeit geht es auch in dem Beitrag von *Christian Kleinschmidt*. Er untersucht, wie sich die Wandlungsprozesse der zweiten Globalisierung auswirkten und was die „chinesische Herausforderung" unserer Zeit von der in den 1950er und 1980er Jahren diskutierten amerikanischen und japanischen unterscheidet.

Die Beiträge zur „Montanen Moderne" befassen sich mit den Transformationen des Ruhrgebiets. *Karl-Peter Ellerbrock* sieht im „Ruhrgebiet" weniger einen industriell-organisch gewachsenen Raum als vielmehr ein narratives Konstrukt. Die Schaffung dieser Konstruktion verlief parallel zu dem tiefgreifenden Strukturwandel seit den 1950er Jahren, der als ein Ergebnis eine regionale Identität und einen wirtschaftsräumlichen Zusammenhang postulierte. Die Konstruktionsanstrengung war überaus erfolgreich und hat lange den Blick auf die raumbildenden und -verändernden Transformationsprozesse verstellt. Auch *Juliane Czierpka* identifiziert erhebliche Desiderate und zwar in der Transformation der Ruhrkohlenwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Zwar gilt der Ruhrkohlenbergbau, überhaupt die westdeutsche Montanwirtschaft, vielfach als überforscht, gerade aber die empirische Analyse des politisch-wirtschaftlichen Verflechtungszusammenhangs von Ruhrbergbau, Bonner Politik und Montanunion steht noch aus. *Eva-Maria Roelevink* bricht die Frage nach der Konstruktion gezielt formierter Geschichtsnarrative auf die Mikroebene des Thyssenkonzerns herunter. Anhand der Entstehung der beiden Bände „Die Feuer verlöschen nie" in den 1960er Jahren geht sie der Frage nach, welche Zielsetzung sowohl der auftraggebende Konzern als auch der auftragnehmende Autor verfolgten und interpretiert das Produkt, die veröffentlichten Festschriften, als das Ergebnis eines konfliktreichen Aushandlungsprozesses. *Britta Korten* und *Andreas Zilt* beschäftigen sich in ihrem Beitrag ebenfalls mit dem Thyssenkonzern und zielen dabei auf die Öffentlichkeitspolitik zum Zeitpunkt der Fusion mit Rheinstahl 1973 ab. Die zunehmend professionalisierte Selbstrepräsentationsleistung wird hier klar, ebenso wie das Bewusstsein der maßgeblichen Akteure, diese Fusion in der Öffentlichkeit als glückliche Hochzeit und zukunftsweisendes Erfolgskonzept zu inszenieren.

In den Beiträgen zum „Management der Moderne" wird der Fokus dezidiert auf die Rolle von Unternehmen und Unternehmern in den vielschichtigen organisationellen Transformationsprozessen gerichtet. *Ralf Stremmel* kontextualisiert die von Alfred Krupp vorgenommenen Versuche, seine Nachfolge zu steuern und publiziert hier erstmals Quellen, die zeigen, wie sehr er es ablehnte, die Kontrolle über die Konzernzukunft abzugeben. Über seinen Tod hinaus wollte er die Gleise für die Zukunft festlegen und weiter noch, die Praxis der Unternehmensleitung möglichst konkret vorwegnehmen. *Boris Gehlen* fragt in seinem Beitrag nach der Veränderung von Karrieremustern in der Weimarer Republik. Am Beispiel leitender Reichsbankbeamter kann er mehrere über den Ersten Weltkrieg und die Inflation hinausgehende Transformationsschübe hinsichtlich sozialer Herkunft, Bil-

dungshintergründen und Rekrutierungsmustern identifizieren. *Falk Liedtke* befasst sich ebenfalls mit der Transformation im Banksektor, blickt aber stärker auf die Strategien und ihre Konsequenzen, die im Expansionsprozess der Großbanken eng mit der Organisation ihrer Filialsysteme zusammengingen. Entscheidungen werden in großen Kapitalgesellschaften anders gefällt als in Familienunternehmen. Und nach wie vor sind es die Familienunternehmen, die so etwas wie die Herzkammer der deutschen Wirtschaft darstellen. Ihr Verhältnis zu transformativen Herausforderungen ist dabei oftmals weniger abhängig von den strukturellen Bedingungen als vielmehr von Abstimmungsprozessen innerhalb der Eigentümerfamilie. *Andrea Schneider-Braunberger* wählt eine vergleichende Perspektive auf ein Sample von familiengeführten sog. Hidden Champions. Als wesentliche externe Wandlungsstimuli untersucht sie die Inflation, die Weltwirtschaftskrise und den Nationalsozialismus. *Stephanie Tilly* geht dem Wandel einer der wenigen überdauernden Privatbanken zwischen dem Ende des 18. Jahrhunderts und unserer Zeit nach und arbeitet ein hochgradig ambivalentes Verhältnis zwischen der auf Kontinuität aufbauenden Unternehmenspolitik der Familie und den Herausforderungen der Moderne heraus. *Ingo Köhler* schließt das Feld mit einem Beitrag zur Genese von Stiftungsunternehmen in der Bundesrepublik und zeigt, dass sich neben die klassische Dichotomie zwischen Familien- und Kapitalgesellschaften zusehends hybride Formen der Corporate Governance mischten. Die Verbindung aus Stiftung und Unternehmen zeigt dabei zugleich Elemente der Beharrung familiärer Kontroll- und Besitzstrukturen, aber auch einer Professionalisierung der Betriebsführung.

Mit der „Manövrierten Moderne" rückt schließlich das transformative Verhältnis von Staat und Wirtschaft in den Mittelpunkt. Hier geht es um die wirtschaftlichen Transformationen im Verhältnis zu ordnungspolitischer Rahmensetzung und Steuerungsabsichten insbesondere in Diktatur und Demokratie nach 1945. *Werner Plumpe* eröffnet den Abschnitt, indem er die Transformation des Reichsfinanzministeriums in den Blick nimmt. Er bettet die ambivalenten und paradoxen Handlungsoptionen in die langfristige Entwicklung der staatlichen Finanzverwaltung ein, sodass sichtbar wird, wie sich das Reichsfinanzministerium während der NS-Zeit als komplexes Verhältnis zwischen Untergang und Selbsttäuschung verorten konnte. *Lutz Budraß* nimmt sich die Lehrmeinung von den „Handlungsspielräumen" der Unternehmen während der NS-Zeit vor und fragt nach den blinden Flecken, die sich aus der Adaption der zeitgenössischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die wirtschafts- und unternehmenshistorische Forschung ergeben haben. Mit einer ausgewählten Akteursgruppe befasst sich *Harald Wixforth* und synthetisiert in seinem Beitrag das Verhältnis von Mitläufern, Mitwissern und Tätern während der NS-Zeit und darüber hinaus im Bankensektor. *Johannes Bähr* untersucht den Wandel der Aktionärsrechte und analysiert, warum eine Reform des Depotstimmrechts trotz anhaltender Kritik auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vorgenommen wurde. *Louis Pahlow* geht dem politisierten Imperativ der Deregulierung seit den 1970er Jahren nach und kann zeigen, dass das Wort von der Deregulierung keineswegs mit einer Abnahme von Gesetzgebung und rechtsinstitutionell sinkender Aktivität einherging – ganz im Gegenteil. Die Deregulierung bedeutet ei-

ne permanente und arbeitsintensive Transformation des Rechts. *Ralf Ahrens* wirft einen vergleichenden Blick auf die industriepolitische Förderung der Computerindustrie in Großbritannien und BRD und zwar vor allem seit den 1970er Jahren, zu einem Zeitpunkt also, als die Industrieförderung in beiden Ländern eigentlich gescheitert war und amerikanische Hersteller sich ihre Dominanz erarbeitet hatten.

Der Band zeigt die grundsätzliche Relevanz wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, wirtschaftlicher Strukturen und ihren Veränderungen, die Eigentümlichkeit wirtschaftlicher Akteure und ihrer Motivation, schlicht die sich permanent wandelnde Rolle und Ausformung der „Wirtschaft" in der Moderne. Ihre tragende Rolle für die Gestalt und Gestaltung von Gesellschaft, Politik und Kultur sind heute selbstverständlicher Bestandteil politik-, sozial- und auch kulturhistorischer Forschungsperspektiven. Allerdings schwindet mit der erkennbaren Diffusion des Untersuchungsobjektes Ökonomie in die angrenzenden historischen Disziplinen die breite Akzeptanz für eine methodenplurale und eigenständige wirtschaftshistorische Forschungsperspektive. Hat die Wirtschaftsgeschichte über Jahrzehnte davon profitiert, ihre Erkenntnisgewinne auf der Basis unterschiedlichster Ansätze zu erarbeiten, so droht ihr heute gerade deshalb die Isolation. In der vermeintlichen, jedenfalls weiterhin replizierten Annahme von der Segmentierung des historischen Forschungsfelds in eine kultur- und sozialwissenschaftliche Opposition fällt es der Wirtschaftsgeschichte zunehmend schwer, ihre eingeübte Rolle als Brückenbauer einzunehmen. Dies hat nicht nur etwas mit der per se interdisziplinären Verortung zwischen Geschichtswissenschaft auf der einen Seite und den Wirtschaftswissenschaften auf der anderen Seite zu tun, sondern auch damit, dass Wirtschaft, Unternehmen und unternehmerische Entscheidungen in unserer glokalen und komplexen Welt omnipräsent sind. Die von der Wirtschaftswelt ausgebildete Komplexität wird dabei aber oftmals und aus unserer Sicht fahrlässig vereinfacht, in ihren Prozessabläufen pauschalisiert und insofern modellhaft verkürzt dargestellt. Wie die Beiträge in dem Band zeigen, lässt sich die Einordnung der Wirtschaft keinesfalls auf eine einfache Rationalität reduzieren. Die transformative Moderne der Wirtschaft zeigt ein sehr viel komplexeres Bild. Diesen Befund zu machen, ändert aber nichts an dem Problem des einseitigen osmotischen Drucks in der Geschichtswissenschaft, die die Gefahr einer ebenfalls einseitigen Diffusion birgt: Potentiale und Erkenntnisse wirtschaftshistorischer Forschung werden im Zuge dessen zwar aufgenommen (wenn auch nicht immer), gleichzeitig aber werden die institutionalisierten Räume für neue innovative und erkenntnisfördernde Untersuchungen eingeengt. Wir meinen, die Beiträge des Bandes belegen, dass die wirtschaftshistorische Perspektive die zentrale Position eines Scharniers zwischen den auseinanderdriftenden historischen Forschungswelten einnehmen kann und muss.

Die Entstehung des Bandes selbst war eine Anstrengung mit einigen transformativen Momenten, wenn auch sehr kleinen. Dass er gelingen und realisiert werden konnte, ist maßgeblich auf die freundliche und großzügige Unterstützung der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e.V. (GWWG) zurückzuführen. Ihr und vor allem Karl-Peter Ellerbrock gilt unser ganz besonderer Dank.

Stefan Berger (Bochum)

Wirtschafts- und Sozialgeschichte schreiben im 21. Jahrhundert – einige Reflektionen zur Entwicklung einstiger „Königsdisziplinen" seit den 1970er Jahren

Als ich 1985 das Studium der Geschichtswissenschaft, Germanistik und Politikwissenschaft an der Universität in Köln aufnahm, hatte ich in den ersten Semestern eine ganze Reihe von Kommilitonen/-innen, die sich für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte interessierten und sich politisch links einordneten. Sie nahmen alsbald den Weg an die Universität Bielefeld, da die ‚Bielefelder Schule' und ihre Wirtschafts- und Sozialgeschichte für diese Studierenden die fortschrittlichste und zukunftsweisende Form der Geschichtsschreibung in Deutschland war. Dieter Ziegler, dem dieser Band gewidmet ist, hat in den 1980er Jahren dort studiert und nach seiner Promotion am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz hat er sich ebenfalls in Bielefeld habilitiert. Bielefeld war in den 1980er und 1990er Jahren der ‚Hauptstützpunkt' der sogenannten ‚Bielefelder Schule', aber eine der wichtigen Bezugspersonen Zieglers in Bielefeld war der Wirtschaftshistoriker Sidney Pollard, der, aus Großbritannien kommend,[1] kaum zum engeren Zirkel der ‚Bielefelder' gerechnet werden kann. Pollard war einer der innovativsten Wirtschaftshistoriker seiner Generation und hat besonders die Industrialisierungsforschung nachhaltig dadurch geprägt, dass er zum einen Industrialisierung als ein regionales und kein nationales Phänomen verstanden hat und zum anderen regional vergleichende Perspektiven auf Industrialisierungsprozesse eingefordert hat.[2]

Seit den 1950er Jahren begann, nicht nur in Deutschland, der globale Aufstieg der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte innerhalb der Geschichtswissenschaft. In manchen Ländern, dazu zählte auch Großbritannien, gingen die Anfänge einer erfolgreichen und wegweisenden Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bis in das späte 19. Jahrhundert zurück. Bereits 1874 schrieb John Richard Green seine Sozialgeschichte Englands, in der er besonders die Tradition der demokratischen Regionalverwaltung des Landes hervorhob.[3] Es waren, laut Green, soziale Entwicklungen, die den besonderen Charakter Englands begründeten. Die Etablierung der Wirt-

1 Seine Wiener Eltern hatten ihn, als Dreizehnjährigen, 1938, nach dem ‚Anschluss' Österreichs, auf einen Kindertransport nach Großbritannien gegeben. Zu Pollard siehe auch seinen autobiographischen Essay: *S. Pollard*, In Search of a Social Purpose, in: *P. Alter (Hg.)*, Out of the Third Reich. Refugee Historians in Post-War Britain, London 1998, S. 195–218.

2 Am bekanntesten ist wohl *Ders.*, Peaceful Conquest. The Industrialization of Europe, 1760–1970, Oxford 1981; siehe auch *Ders./D. Ziegler (Hg.)*, Markt, Staat, Planung. Historische Erfahrungen mit Regulierungs- und Deregulierungsversuchen der Wirtschaft, St. Katharinen 1992.

3 *A. Brundage*, The People's Historian. John Richard Green and the Writing of History in Victorian England, Westport/Ct. 1994.

schaftsgeschichte in England erfolgte ebenfalls über die Betonung wirtschaftlicher Faktoren für die internationale Bedeutung des Landes. 1882 veröffentlichte William Cunningham eine englische Wirtschaftsgeschichte, die besonders auf die Rolle Englands als Mutterland der industriellen Revolution abhob.[4] Insgesamt konnte sich die Wirtschafts- und Sozialgeschichte überall dort frühzeitig etablieren, wo es gelang, sie als Kernbestandteil einer liberal-kapitalistischen Entwicklung der Nation im 19. Jahrhundert darzustellen oder wo es schwierig war, eine Jahrhunderte zurückreichende politische Kontinuität der Nation zu entwickeln (Norwegen, Tschechien etwa) und damit die politische Geschichte nicht zur Leitdisziplin innerhalb der Geschichtswissenschaft werden konnte.[5]

Umgekehrt gilt auch: in autoritär verfassten Gesellschaften mit einer Dominanz politischer Geschichtsschreibung war es schwierig für Wirtschafts- und Sozialhistoriker sich zu etablieren. Dafür kann Deutschland als herausragendes Beispiel dienen, wurde die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hier doch lange marginalisiert. In der Lamprecht-Kontroverse der 1890er Jahre wies die dominante Politikgeschichte den damalig wichtigsten Vertreter einer kulturalistisch und globalgeschichtlich inspirierten Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in seine Schranken. In Deutschland blieb Karl Lamprecht ein Außenseiter, auch wenn er viele internationale Studierende nach Leipzig zog, die dann in ihren Heimatländern oftmals zu den Begründern von sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Ansätzen wurden.[6] Wirtschaftsgeschichte wurde in Deutschland zunächst vor allem außerhalb geschichtswissenschaftlicher Seminare, nämlich vor allem in der Nationalökonomie, betrieben. Besonders der führende Vertreter der jüngeren Schule der Nationalökonomie, Gustav Schmoller, betrieb, wie andere sogenannte Kathedersozialisten in Deutschland auch, eine Geschichtsschreibung mit dem Ziel, die sozialen Folgen eines Manchester-Kapitalismus zu kritisieren und soziale Reformen einzufordern.[7] Zudem verwiesen zahlreiche der historischen Arbeiten der Nationalökonomie auf die Bedeutung der Wirtschaft für den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht im deutschen Kaiserreich. Die eigentliche Geschichtswissenschaft begann sich erst im Kleid der rassistischen Volksgeschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit für sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Ansätze zu interessieren.[8] Es war deshalb kein Zufall, dass Vertreter der Volksgeschichte im Nationalsozialismus, wie Otto

4 *W. Cunningham*, The Growth of English Industry and Commerce, Cambridge 1882.

5 *S. Berger*, The Past as History. National Identity and Historical Consciousness in Modern Europe, Basingstoke 2015, S. 173–175.

6 *R. Chickering*, Karl Lamprecht. A German Academic Life, Atlantic Highlands 1993.

7 *N. Goldschmidt/M. Störring*, Gustav Schmoller. A Socialist of the Chair, in: *S. Berger/L. Pries/M. Wannöffel (Hg.)*, The Palgrave Handbook of Workers' Participation at Plant Level, Basingstoke 2019, S. 91–112; siehe auch *J. Herold*, Der junge Gustav Schmoller. Sozialwissenschaft und Liberalkonservatismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 2019.

8 *W. Oberkrome*, Volksgeschichte: methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft, 1918–1945, Göttingen 1993; siehe auch *I. Haar/M. Fahlbusch (Hg.)*, German Scholars and Ethnic Cleansing, 1920–1945, Oxford 2005.

Brunner und Werner Conze, zu den Begründern der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in der jungen Bundesrepublik der 1950er Jahre gehörten. Sie regten auch eine Annales-Rezeption an, die allerdings ein völlig anderes Verständnis von Sozial- und Wirtschaftsgeschichte nach sich zog als es sich unter dem Einfluss der zweiten Generation der Annales-Schule in Frankreich nach 1945 entwickelte.[9]

Die Annales-Schule hatte bereits in der Zwischenkriegszeit unter ihren Begründern Marc Bloch, Lucien Febvre und ihrem Übervater, Henri Pirenne, eine innovative Wirtschafts- und Sozialgeschichte entwickelt, die, inspiriert durch die Geographie und die Ethnologie, weit über Frankreichs Grenzen hinaus rezipiert wurde.[10] Nach 1945 entwickelte sich unter Fernand Braudel eine ‚monde braudelien', die Wirtschafts- und Sozialhistoriker weltweit vernetzte.[11] Führende Sozial- und Wirtschaftshistoriker in Deutschland, die später zu den Mitbegründern der Bielefelder Schule gehören sollten, orientierten sich aber eher an den angelsächsischen Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und blieben auch der Politikgeschichte viel verbundener, als dies für Sozialhistoriker in Frankreich der Fall war. Deshalb bezeichneten die ‚Bielefelder' das, was sie betrieben, auch häufig als ‚politische Sozialgeschichte' und bauten damit auf ein Verständnis von Sozialgeschichte auf, das in Deutschland in starkem Masse von Werner Conze geprägt wurde.[12] Besonders deutschsprachige Exilanten aus dem Nationalsozialismus, die nach 1945 oftmals engen Kontakt zur deutschen Geschichtswissenschaft suchten und als transatlantische Brückenbauer fungierten, hatten einen nachhaltigen Einfluss auf die Bielefelder. Für keinen dürfte das in größerem Ausmaß gelten als für Hans Rosenberg.[13] Auch die Berufung Pollards auf einen Lehrstuhl in Bielefeld war sicher diesem Bewusstsein geschuldet, von der angelsächsischen Forschung lernen zu können. Wie viel tatsächlich gelernt wurde, steht dabei auf einem anderen Blatt. Pollard hat sich zwar nach eigenem Bekenntnis in seinen zehn Jahren in Bielefeld sehr wohl gefühlt, aber ist dann doch unmittelbar nach seiner Emeritierung wieder nach Sheffield gezogen, von wo er 1980 nach Bielefeld aufgebrochen war.[14]

---

9 *L. Raphael*, Trotzige Ablehnung, produktive Missverständnisse und verborgene Affinitäten. Westdeutsche Antworten auf die Herausforderungen der „Annales"-Historiographie. 1945–1960, in: *H. Duchhardt (Hg.)*, Geschichtswissenschaft um 1950, Mainz 2002, S. 65–80; siehe auch *P. Schöttler*, Zur Geschichte der Annales-Rezeption in Deutschland (West), in: *M. Middell/S. Sammler (Hg.)*, ‚Alles Gewordene hat Geschichte'. Die Annales-Schule in ihren Texten, 1929–1992, Leipzig 1994, S. 40–60.

10 *P. Burke*, The French Historical Revolution. The Annales School, 1919–1989, Cambridge 1999; *S. Clark (Hg.)*, The Annales School. Critical Assessments, 4 Bde., London 1999.

11 *J.H. Hexter*, Fernand Braudel and the Monde Braudelien, in: JMH 44, 1972, S. 480–539.

12 *T. Etzemüller*, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001.

13 *G.A. Ritter*, Hans Rosenberg, 1904–1988, in: GG 15, 1989, S. 282–302. Zu den engen Grenzen dieser transatlantischen Kooperation vergleiche aber auch *P. Stelzel*, History after Hitler. A Transatlantic Enterprise, Philadelphia 2019.

14 *Pollard*, In Search, S. 214.

Mit internationalem Renommee als Rückenwind waren die Bielefelder angetreten, die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zum Königsweg in der Geschichtswissenschaft zu machen. Doch bereits seit den 1980er Jahren gerieten sie zunehmend in die Defensive, da kulturgeschichtliche Ansätze die Theoriediskussionen international immer stärker bestimmten und klassische sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Ansätze nicht nur in Deutschland zurückdrängten. Der Aufstieg der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in den Jahrzehnten des langen Booms nach dem Zweiten Weltkrieg vollzog sich oftmals in enger Allianz mit diversen Modernisierungstheorien, die in Wirtschaft und Gesellschaft die strukturbildenden Kräfte in der Geschichte zu erkennen meinten. Ein umfassendes Verständnis der Dynamik moderner Gesellschaften schien nur über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte möglich. Tony Judt kritisierte bereits 1979 in einem viel beachteten Aufsatz, dass diese Art von Struktur- und Prozessgeschichte das soziale Leben auf Statistiken und Modernisierungstheorien reduziere, die aus der Wissenschaft einen ‚Clown in königlichem Purpur' mache.[15] Menschen, so Judt, gehen nicht in ihren sozialen Funktionen auf, pace Talcott Parsons, und die Wirtschaft war nicht das Fundament, auf dem sich spezifische soziale Formationen entwickelten, pace Karl Marx. Weberianische und marxistische Theorien, die die Wirtschafts- und Sozialgeschichte in den 1960er und 1970er Jahren dominierten, gerieten zunehmend ins Fadenkreuz der Kritik.

Besonders die Wirtschaftsgeschichte wurde in den 1980er und 1990er Jahren, z.T. als Antwort auf die kulturalistische Kritik, immer technischer, spezialisierter und ökonomistischer. Der Aufstieg von ökonometrischen Theorien in der Wirtschaftsgeschichte machte es für andere Historiker nahezu unmöglich nachzuvollziehen, welche Argumentationsgebäude hier von Wirtschaftshistorikern errichtet wurden.[16] Fasziniert von Interpolationen, Simulationen und ‚back-projections', experimentierten Wirtschaftshistoriker mit den neuen Computertechnologien, die es ihnen erlaubte, riesige Datenmengen auszuwerten und fielen zugleich den normativen Theorien über die angebliche menschliche Natur zum Opfer, wie sie gerade in neoklassischen Wirtschaftstheorien oftmals zu Hause waren. Trotz alledem nahmen die Wirtschaftswissenschaftler die Wirtschaftshistoriker allerdings nie richtig ernst, da ihre Modelle oftmals als allzu unterkomplex galten. So war es nicht verwunderlich, dass wirtschaftshistorische Lehrstühle seit den 1990er Jahren oftmals nicht wieder neu besetzt wurden, da ihre Vertreter sich selbst in ein institutionelles Abseits begeben hatten.[17]

---

15 *T. Judt*, A Clown in Regal Purple. Social History and the Historians, in: History Workshop Journal 7, 1979, S. 66–94.

16 *J. Baten*, Die Zukunft der kliometrischen Wirtschaftsgeschichte im deutschsprachigen Raum, in: *G. Schulz/C. Buchheim/G. Fouquet/R. Gömmel/F. Henning/K.H. Kaufhold/H. Pohl (Hg.)*, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete, Probleme, Perspektiven, Stuttgart 2005, S. 639–654.

17 Zur Kritik dieser Art der Entwicklung von Wirtschafts- und Sozialgeschichte siehe *V. Berghahn*, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Deutschland. Einige für die Zukunft gedachte Überlegungen, in: *Ders. (Hg.)*, Industriegesellschaft und Kulturtransfer. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 65–70.

Die zunehmende Skepsis gegenüber einem in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte beheimateten Szientifismus wurde genährt durch die Rezeption von poststrukturalistischen, konstruktivistischen und narrativistischen Theorien in den 1980er und 1990er Jahren. Die Konstituierung sozialer Realität über Sprache und Sprachspiele und die Pluralisierung von möglichen wahren Aussagen in der Geschichtswissenschaft liefen ebenso, wie ein wachsender modernisierungs- und fortschrittsskeptischer Ansatz in den Humanwissenschaften, zentralen Annahmen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, wie sie sich von den 1950er bis zu den 1980er Jahren entwickelt hatte, entgegen.[18] Vielen jüngeren Historikern galt die Wirtschafts- und Sozialgeschichte klassischer Prägung nun als blutloser Scheintoter, der noch durch die geschichtswissenschaftlichen Korridore wehte, aber seine Attraktivität eingebüßt hatte. Sie flohen in die Alltags- und Kulturgeschichte, die sich mit den Erfahrungen von Menschen in ihrem Alltag beschäftigten. Unter dem Einfluss von Narrativitätstheorien verstand man dabei Erfahrungen zunehmend als Narrativisierungen, die wiederum Repräsentationen von Erfahrungen produzierten, die nicht unbedingt identisch mit diesen Erfahrungen selbst waren.[19]

Inspiriert von einer transnationalen History-Workshop Bewegung entstanden nun eine Reihe von einflussreichen Arbeiten, die nicht mehr Strukturen und Prozesse, sondern die Erfahrungen von Menschen in den Mittelpunkt ihres Interesses stellten. Carlo Ginzburg etwa nutzte die Akten der Inquisition, um die Weltsicht eines Müllers aus dem 16. Jahrhundert wieder zusammenzusetzen und zu verdeutlichen, wie fremd uns diese Sicht durch unsere eigenen Annahmen vom Zusammenhang sozialer Prozesse war.[20] Lyndal Roper benutzte ebenfalls Akten der Inquisition, um die historischen Individualitäten von Personen und ihrem Glauben an Magie und Hexerei einzuordnen in den Umgang mit Körperlichkeit und Sexualität in der frühneuzeitlichen Psyche von Frauen.[21] In Deutschland beschäftigte sich Alf Lüdtke eingehend mit dem ‚Eigensinn' von Fabrikarbeitern, also all den Aktionen, mit denen sie versuchten, einen ihnen eigenen Raum abzustecken innerhalb von sozial entfremdeten Arbeitsbeziehungen.[22] Immer wieder spielte auch die Oral History in Deutschland eine wichtige Rolle bei dem Bemühen, Subjektivitäten und Erfahrungen in die Darstellung von Geschichte zurückzuholen.[23] Eine international

18 *P. Hudson*, Economic History, in: *S. Berger/H. Feldner/K. Passmore (Hg.)*, Writing History: Theory and Practice, London [3]2020, S. 386–404.

19 *G. Roberts (Hg.)*, The History and Narrative Reader, London 2001.

20 *C. Ginzburg*, Der Käse und die Würmer. Die Welt eines Müllers um 1600, Berlin 2002.

21 *L. Roper*, Ödipus und der Teufel. Körper und Psyche in der frühen Neuzeit, Frankfurt a.M. 2017.

22 *A. Lüdtke*, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993.

23 Pionierarbeit leisten hier ohne Frage Lutz Niethammer und sein Team. Siehe *L. Niethammer (Hg.)*, Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, 1930–1960, 3 Bde., Bonn 1983/1985; siehe auch *U. Jureit*, Die Entdeckung des Zeitzeugen. Faschismus- und Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, in: *J. Danyel/J.H. Kirsch/M. Sabrow (Hg.)*, 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen 2007, S. 174–177.

gut vernetzte Geschichtswerkstättenbewegung unterstützte diese Bemühungen einer ‚Geschichte von unten' nachhaltig.[24]

Der struktur- und prozessgeschichtliche Ansatz klassischer wirtschafts- und sozialhistorischer Forschungsarbeiten wurde zusätzlich in Frage gestellt durch den ‚linguistic turn' in der Geschichtswissenschaft.[25] In Großbritannien war es vor allem Patrick Joyce, der in mehreren theoretischen Interventionen die Rekonzeptionalisierung solcher Zugänge entlang narratologischer und diskursiver Methodenansätze, die stärker nach den Repräsentationen in der Geschichte fragten, einforderte.[26] Unter dem Einfluss dieser Kritik betrachteten viele jüngere Historiker/-innen die einstmals beliebten Modernisierungstheorien mit wachsendem Misstrauen. Ihre Teleologien und abstrakten Strukturmodelle verloren an Überzeugungskraft. Stattdessen rückten Kulturen, symbolische Ordnungen, Rituale und das aktive Wirken von spezifischen Subjekten in den Mittelpunkt des Interesses.

Nachdem sich viele Wirtschafts- und Sozialhistoriker über zwanzig Jahre mit Diskursen und Konstruktionen von Wirklichkeit über Sprache beschäftigt hatten, vollzog sich seit den 2000er Jahren ein allmählicher Wandel hin zum Studium von Praktiken und Materialität, die allerdings oftmals auf dem Studium von diskursiven Praktiken aufbaute.[27] Der französische Soziologe Pierre Bourdieu konnte in der internationalen Forschung zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte so bedeutsam werden, weil er ein geschärftes Bewusstsein für Sprache und sprachliche Konstruktionen verband mit den Kategorien Erfahrung, soziale Aktion und Tat. Während die Episteme von Michel Foucault als sozusagen zeitlose Phänomene erschienen, ließ sich Bourdieus Theorie der Praxis besser auf Fragen der historischen Entwicklung und der Veränderungen in der historischen Entwicklung beziehen.[28] In einer von Victoria Bonnell und Lynn Hunt herausgegebenen programmatischen Studie, die versuchte, historiographische Perspektiven jenseits des ‚cultural turn' aufzuweisen, wurde von daher auch häufig auf Praktiken verwiesen. Sprache bzw. Diskurse produzierten Bedeutungen, aber diese sollten rückgebunden werden an Handeln und seine Bedeutung im Hinblick auf gesellschaftliche Machtverhältnisse.[29]

24 *I. Gwinn*, „History Should Become Common Property". Raphael Samuel, History Workshop, and the Practice of Socialist History, in: Socialist History 51, 2017, S. 96–117.

25 *P. Schöttler*, Nach der Angst. Geschichtswissenschaft vor und nach dem ‚linguistic turn', Münster 2018.

26 *P. Joyce*, History and Postmodernism, in: Past and Present 133, 1991; *Ders.*, The End of Social History, in: Social History 20/1, 1995, S. 73–91; *Ders.*, What is the Social in Social History, in: Past and Present 206/1, 2010, S. 213–248.

27 *A. Gerittsen/G. di Riello (Hg.)*, Writing Material Culture History, London 2014; *T. LeCain*, The Matter of History. How Things Create the Past, Cambridge 2017.

28 *P. Bourdieu*, Outline of a Theory of Practice, Cambridge, 1977 [zuerst 1972 auf französisch publiziert].

29 *V.E. Bonnell/L. Hunt (Hg.)*, Beyond the Cultural Turn. New Directions in the Study of Society and Culture, Berkeley 1999.

In der Wirtschaftsgeschichte bewirkte der Kulturalismus eine Abkehr von Modernisierungstheorien und der Ökonometrie. Neoklassische formalistische Ansätze und rational choice-Theorien wurden zunehmend durch eine hermeneutische Herangehensweise ersetzt. Diese neue Wirtschaftsgeschichte konzentrierte sich auf die Heterogenität von Märkten und marktförmig organisierten Gesellschaften. Produktion und Konsumption vollzogen sich auf ganz unterschiedliche Weise und waren selbst innerhalb von Marktgesellschaften nicht immer nur marktförmig organisiert. Verschiedene Formen von wirtschaftlichen Transaktionen blieben gebunden an Werte und Vorstellungen von Moral. Vertrauen, Gebräuchen, Routinen, Reputationen – sie alle nahmen z.T. erheblichen Einfluss auf die Gestaltung von wirtschaftlichen Prozessen. Formen der Wissensgenerierung spielten für die Entwicklung der Wirtschaft eine erhebliche Rolle. Das Handeln wirtschaftlicher Akteure und die Art und Weise, mit der Gender-Ordnungen auch die Wirtschaft strukturierten, kamen nun immer stärker in den Blick. Schaut man sich z.B. Craig Muldrew's *The Economy of Obligation* an, so fällt auf, dass er wirtschaftliche Prozesse über soziale und kulturelle Praktiken analysiert. Märkte sind hier nicht mehr länger nur ökonomisch, sondern auch kulturell geprägt. Kredit hatte über die Zeit sich wandelnde kulturelle Bedeutungen. Ethische Werte gingen Hand in Hand mit wirtschaftlichem Wandel. Die eine neue Wirtschaftsgeschichte in Großbritannien repräsentierende Pat Hudson, bekräftigte 2020: „The future for economic history looks bright because it is able to draw upon a wider and more sophisticated range of economic theory and method than in the past and because it is redefining the economic sphere in broader terms and for its own purposes, eschewing the disciplinary boundaries erected by modernism. It is placing new stress upon the cultural, social and institutional framework of economic activity and it is drawing increasingly upon the tools of anthropology, ethnography and cultural history, alongside economics, to analyse those aspects of material life that conventional economists have rarely reached."[30]

Betrachtet man in dieser neuen Wirtschaftsgeschichte die Produktion, Distribution und Konsumtion von Waren im Kontext von politischen, sozialen und kulturellen Faktoren, so bewegt sie sich hin zu holistischeren Formen von Geschichtsschreibung, wie sie seit der Zwischenkriegszeit bereits vor allem von der Annales-Schule in Frankreich eingefordert wurden. Dabei spaltete sich allerdings das Feld der Wirtschafts- und Sozialgeschichte immer weiter auf. Unternehmensgeschichte, die Geschichte des Transportwesens und der Demographie, Stadtgeschichte und die Geschichte der Landwirtschaft wurden somit zu fast eigenständigen Forschungsgebieten, die allerdings allesamt nach wie vor starke Bezüge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte aufwiesen. War eine ältere Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung zudem auf identitaere Formen der Geschichtsschreibung ausgerichtet, so wurden diese unter dem Einfluss von diskursiven und praxistheoretischen Theorien reflexiver. Ich hatte bereits zu Beginn dieses Aufsatzes auf die engen Beziehungen der Anfänge der Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu nationalen und klassenmäßigen Identitätskonstruktionen verwiesen. Indem die neuere

30 *Hutson*, Economic History, S. 265.

Wirtschafts- und Sozialgeschichte konstruktivistische Theorien aufnahm und betonte, wie stark die Rolle von Narrativen bei der Konstruktion von Identität war, unterstrich sie eher die Multiplizität von möglichen Identitätskonstruktionen und den Wettbewerb selbiger untereinander. Kollektive Identitäten wurden damit nicht mehr länger vorausgesetzt, sondern sie wurden problematisiert. Ihre Dekonstruktion stand nun oft im Mittelpunkt von Wirtschafts- und Sozialgeschichte.[31] Besonders die Intersektionalität verschiedener Identitätskonstruktionen konnte durch die neuere Wirtschafts- und Sozialgeschichte deutlich herausgearbeitet werden: Klassen, Geschlecht, Ethnizität, Nation und Religion, um nur die geläufigsten Formen von kollektiver Identität zu nennen, waren in vielfältiger und oftmals widersprüchlicher Art und Weise miteinander verbunden und ineinander verwoben.[32] Verhandlungen, Relationen, Situationen, Adaptionen und Wandel waren die neue Schlagworte, mit denen die fluide Konstruktion von unterschiedlichen Identitäten beschrieben wurden.

Geoff Eley hat mit seinem Bild der ‚crooked line' den Weg der Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu seiner Lebenszeit gut beschrieben.[33] Mit einem Überschuss an politischer Normativität hatte sie sich in den 1960er und 1970er Jahren als Königsweg in der Geschichtswissenschaft empfohlen, ehe einige ihrer zentralen Grundprämissen seit den 1980er Jahren von kulturalistischen, poststrukturalistischen und alltagsgeschichtlichen Perspektiven massiv in Frage gestellt wurden. Aus diesen Herausforderungen ist die Wirtschafts- und Sozialgeschichte letztendlich gestärkt hervorgegangen. Waren in der Boomperiode der Wirtschafts- und Sozialgeschichte beide Teildisziplinen eng aufeinander bezogen, nicht zuletzt weil sowohl in Weberianischen als auch in Marxistischen Theorien die Wirtschaft jeweils die Basis war, auf der sich gesellschaftliche Entwicklungen vollzogen, so haben sich unter dem Einfluss neuerer theoretischer Zugänge die Grenzen zwischen unterschiedlichen Teildisziplinen in der Geschichtswissenschaft zunehmend aufgelöst. Statt der Suche nach Königswegen herrscht ein ‚glücklicher Ekklektizismus',[34] der eher situativ und an die jeweiligen Forschungsfragen angepasst danach fragt, welche Zugänge zum Thema die angemessensten sind. Historiker sind zum Glück meist Pragmatiker, die ihre Theorien danach aussuchen, was ihnen am meisten weiterhilft. Als typische Bricoleure sind sie gut beraten, sich nicht einem Königsweg anzuvertrauen, sondern offen zu bleiben für unterschiedliche Angebote. Es ist gut zu wissen, dass es in der Geschichtswissenschaft viele unterschiedliche Weggabelungen gibt, die nicht mehr alle nach Bielefeld führen müssen.

31 *S. Berger*, The New History. Historical theory, historiography and the remaking of the historical profession from the 1970s onwards, Cambridge 2020 (im Druck).

32 *L.H. van Voss/M. van der Linden (Hg.)*, Class and Other Identities. Gender, Religion and Ethnicity in the Writing of European Labour History, Oxford 2002.

33 *G. Eley*, A Crooked Line. From Cultural History to the History of Society, Ann Arbor 2005.

34 *S. Berger*, Writing the Past in the Present, in: Diogenes 58/1–2, 2012, S. 5–19.

Constantin Goschler (Bochum)

Transformation Reloaded? Die Rolle der Sozialwissenschaften, Zeitgeschichte und Wirtschaftsgeschichte bei der Erforschung des deutschen Einigungsprozesses*

30 Jahre nach der deutschen Einigung häufen sich in der öffentlichen Diskussion ernüchterte oder auch irritierte Kommentare zu Verlauf und Folgen dieses Prozesses. Vermehrt wird nun wieder darüber diskutiert, inwieweit statt der erwarteten allmählichen Angleichung Ost- und Westdeutschlands langfristig wirksame Unterschiede ökonomischer, sozialer und politisch-kultureller Art entstanden sein könnten, welche die Ost-West-Teilung in Gegenwart und Zukunft fortsetzen. Dabei hat sich die Auseinandersetzung um den Prozess der deutschen Einigung grundsätzlich verändert: Während die damit verbundenen Schwierigkeiten lange Zeit mit den wirtschaftlichen und politischen Erblasten der DDR erklärt wurden, werden mittlerweile auch solche Erklärungsansätze zunehmend einflussreich, welche die Entwicklungen der „Vereinigungsgesellschaft" seit 1990 in den Mittelpunkt stellen.[1] So wird nun auch darüber gestritten, ob die Schwierigkeiten als Nachwirkungen der DDR oder als Folge des Einigungsprozesses selbst zu begreifen sind. Den Opfern des SED-Regimes stehen in dieser neuen Auseinandersetzung jetzt gelegentlich die Opfer der Einheit entgegen. Das Epizentrum dieser Auseinandersetzung bildet vor allem die Treuhandanstalt, welche ihre frühere Rolle als „Blitzableiter" des Vereinigungsprozesses (Wolfgang Seibel) nun zumindest in Ostdeutschland gewissermaßen als erinnerungspolitische „Bad Bank" (Marcus Böick) fortsetzt. Diese Lesart beeinflusst auch die zeithistorische Forschung, die gerade damit beginnt, den Einigungsprozess und seine Folgen zu untersuchen.

Der vorliegende Beitrag nähert sich den Perspektiven einer künftigen Erforschung der deutschen Einigung, indem er dies mit der Frage nach dem Verhältnis von Sozialwissenschaften, Zeitgeschichte und Wirtschaftsgeschichte sowie auch der – an der Schnittstelle von Wirtschaftsgeschichte und „allgemeiner Geschichte" verorteten[2] – Unternehmensgeschichte verbindet. Welche Chancen und Her-

* Ich danke Marcus Böick und Benno Nietzel für ihre kritische Lektüre und wertvollen Anmerkungen zu diesem Beitrag.

1 *T. Großbölting/C. Lorke*, Vereinigungsgesellschaft. Deutschland seit 1990, in: *Dies. (Hg.)*, Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 9–30, hier S. 10f. sowie *M. Böick/C. Lorke*, Aufschwung, Abbau, Anpassung? Eine kleine Geschichte des „Aufbau Ost", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (46) 2019, S. 32–40; *S. Mau*, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019; *I.S. Kowalczuk*, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.

2 *R. Ahrens*, Unternehmensgeschichte, Vs.: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 23.09.2019, http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok-1704 (zuletzt aufgerufen am 21.01.2020).

ausforderungen birgt der Übergang von der „Transitology" der 1990er Jahre zur aktuellen zeithistorischen sowie wirtschafts- und unternehmenshistorischen Transformationsforschung? Zunächst wird dazu die erste Welle der vor allem sozialwissenschaftlich geprägten Transformationsforschung nach 1990 gemustert, die den Übergang von Diktaturen und autoritären Systemen zu Demokratien in systematischer Perspektive zu erfassen suchte. Dabei soll erörtert werden, inwieweit die Erträge dieser Forschungen einerseits helfen, den Einigungsprozess besser zu erklären, und andererseits ausgeführt werden, warum diese Sichtweise mittlerweile selbst als Teil des Einigungsprozesses verstanden werden sollte. In einem zweiten Schritt werden Potential und Probleme des Konzepts der Transition für künftige zeit- und wirtschaftshistorische Analysen der Folgen des Einigungsprozesses diskutiert. Ist es geeignet, den gegenwärtig herrschenden Gegensatz zu überwinden, bei dem sich Erzählungen der alternativlosen Durchsetzung einer von den Erblasten sozialistischer Misswirtschaft belasteten liberalen Marktwirtschaft und opferzentrierte ostdeutsche Erfahrungsgeschichten, die vor allem Überwältigungsaspekte in den Mittelpunkt stellen, gegenüberstehen? Oder ist das Konzept der Transition möglicherweise selbst ein Teil des Problems? Es geht dabei auch darum, das Selbstverständnis der Forschung gegenüber jenen kollidierenden politischen Interessen zu klären, die einerseits den Einigungsprozess als Misere beschreiben (wobei die AfD mittlerweile der LINKEN den Rang abgelaufen hat) und dies andererseits bestreiten. Denn dieser politische Konflikt prägt neuerdings wieder verstärkt die Dynamik dieses wissenschaftlichen Forschungsfelds. Und welche Entwicklungsperspektiven ergeben sich dabei für das Verhältnis zwischen Zeitgeschichte sowie Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte?

„Experiment Einheit", Transformation und „nachholende Modernisierung"

Die Geschichtswissenschaft ebenso wie die Sozialwissenschaften zeigten sich vom Zusammenbruch der DDR und der deutschen Einigung weitgehend überrascht. Umso intensiver wandten sich diese Disziplinen seit 1990 diesem Themengebiet zu, wobei es zunächst zu einer Arbeitsteilung kam: Die Geschichtswissenschaft profitierte von der umfassenden Öffnung der Akten der DDR und widmete sich nun intensiv der Aufgabe der Erforschung „ihres Zerfalls und des Abbaus alter Strukturierungen und des Übergangs und Neuaufbaus zu neuen Verhaltensweisen und Wertorientierungen". Die Sozialwissenschaften dagegen, so M. Rainer Lepsius weiter, stürzten sich unmittelbar auf „das Aktuellere, das was uns auf den Nägeln brennt und auch für die Politik Relevanz hat", nämlich die Untersuchung des Einigungsprozesses selbst.[3] Das „Experiment Vereinigung"[4] bot somit nicht nur eine einmalige Gelegenheit, sich von dem Makel des prognostischen Debakels zu befreien. Vielmehr eröffnete sich nun auch eine hervorragende Möglichkeit, ra-

3 *M.R. Lepsius*, Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde, in: *B. Giesen/K. Leggewie (Hg.)*, Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991, S. 71–76, hier S. 71.

4 *Giesen/Leggewie (Hg.)*, Experiment Vereinigung.

pide gesellschaftliche Veränderungen sozusagen in Echtzeit nicht nur mitzuerleben, sondern aktiv zu kartographieren: „Die gesamte Zunft der Sozialwissenschaftler", so Bernd Giesen und Claus Leggewie im Jahr 1991, „ist aufgerufen, das soziale Live-Experiment des ‚Zusammenwachsens' genau zu beobachten und ein Stück mitzugestalten."[5] Soziologie und Politikwissenschaften operierten somit in einer doppelten Rolle, indem sie als Experten der Einheit[6] den von ihnen beobachteten Prozess zugleich selbst beeinflussten. So standen nach 1990 also zunächst die intensive historische Aufarbeitung der Geschichte der DDR sowie die sozialwissenschaftliche teilnehmende Beobachtung des Einigungsprozesses in Ostdeutschland unverbunden nebeneinander.

Zunächst aber mussten erst einmal neue Strukturen geschaffen werden: Im Bereich der Zeitgeschichte entstanden schon bald neue Forschungseinrichtungen, die sich vor allem der DDR-Geschichte widmeten. Aus den vom Wissenschaftsrat positiv evaluierten Teilen der Akademie der Wissenschaften der DDR ging 1992 der Forschungsschwerpunkt für zeithistorische Studien hervor, der zum Nukleus des 1996 gegründeten Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam wurde. Das Münchner Institut für Zeitgeschichte, dessen Renommee vor allem auf der Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus beruhte, sah sich durch den aufkommenden Boom der DDR-Forschung bedroht. Deshalb gründete es 1994 eine Berliner Außenstelle, die sich ebenfalls explizit der DDR-Geschichte zuwandte. Die beiden neugeschaffenen Institute in Potsdam und Berlin zogen auch wirtschaftshistorische Kompetenz an sich, die aber im engen Zusammenhang mit der Zeitgeschichte blieb und sich nicht eigenständig institutionalisieren konnte.

In der zeithistorischen Forschung ging es bei der nun intensiv einsetzenden Erforschung der DDR zunächst um einen angemessenen Begriff von Diktatur und dann zunehmend auch um das Verhältnis von Alltag und Diktatur. In wirtschaftshistorischer Perspektive wurde dabei vor allem darüber diskutiert, ob das Scheitern der staatssozialistischen Planwirtschaft zeige, dass sich mit dieser Wirtschaftsform angesichts des globalen Wettbewerbs um Wohlstandsproduktion kein Staat machen lasse oder ob hier möglicherweise benachteiligende Sonderfaktoren, wie etwa die enormen Reparationsbelastungen durch die Sowjetunion nach 1945 und die fehlende US-amerikanische Wirtschaftshilfe, stärker zur Erklärung herangezogen werden müssten.[7] Insgesamt diente die DDR – Stichwort „Wirtschaftspolitik

5 B. *Giesen/C. Leggewie*, Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch, in: *Dies. (Hg.)*, Experiment Vereinigung, S. 7–18, hier S. 7.

6 *M. Böick/C. Goschler/B. Nietzel*, Die beratene Transformation. Westdeutsche Experten in Ostdeutschland nach 1990, in: *M. Böick/C. Goschler/R. Jessen (Hg.)*, Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin 2020 S. 230–250.

7 Siehe als wichtige Beiträge zu dieser Debatte vor allem *R. Karlsch*, Sowjetische Demontagen in Deutschland. 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002; *D. Hoffmann*, Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002; *C. Buchheim (Hg.)*, Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ-DDR, Baden-Baden 1995; *A. Steiner*, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.

als Sozialpolitik“ – nun jedoch zumeist als Beleg für die enormen Probleme, die daraus entstünden, wenn wirtschaftliches Handeln politischen Rationalitätskriterien unterworfen würde. Lepsius Formel von der „Entdifferenzierung der Wertsphären“[8] brachte diese Denkweise auf den Punkt. Damit stützte die wirtschaftshistorische Analyse der ökonomischen Malaise der DDR nach 1990 auch das auf den Abbau kollektiver sozialer Regulierung zielende Paradigma des „apertistisch-differentiellen“, d.h. öffnenden Liberalismus, das sowohl eine neoliberale als auch eine linksliberale Ausprägung besaß. Dieses Paradigma hatte seit den 1980er Jahren in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern das sozial-korporatistische Paradigma der Nachkriegszeit abgelöst, bevor es dann nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 selbst in eine bis in unsere Gegenwart reichende Krise geriet.[9] Allerdings hatte die Regierung Kohl den Umtauschkurs bei der am 1. Juli 1990 in der DDR durchgeführten Währungsreform ihrerseits primär nach politischen Gesichtspunkten festgelegt und dabei die ökonomische Logik bewusst vernachlässigt. Mit der schnellen Einführung der D-Mark zu für die DDR-Bürgerinnen und -Bürger vordergründig sehr attraktiven Bedingungen kreierte Bonn gewissermaßen eine eigene Variante der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit der eine noch stärkere Abwanderung in den Westen abgewendet werden sollte.

Der Prozess der wirtschaftlichen Einigung bot nun also nicht zuletzt die Gelegenheit, den schwelenden „Wirtschaftshistorikerstreit“ empirisch zu entscheiden, bei dem es um die Frage ging, was den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg bewirkt hatte. Dies war umso bedeutsamer, als der Mythos der Erhard’schen Währungsreform im politischen Bonn zur tragenden Säule der Konzeptionen des wirtschaftlichen Umbaus der DDR wurde, die auf ein zweites Wirtschaftswunder im Osten setzten.[10] Werner Abelshauser, der in der Debatte um das sogenannte „Wirtschaftswunder“ der Bundesrepublik die Rolle ordnungspolitischer Entscheidungen stark relativiert hatte, sah sich später angesichts der durchwachsenen wirtschaftlichen Ergebnisse der deutsch-deutschen „Schocktherapie“ bestätigt. Zugleich beklagte er, dass die wirtschaftshistorische Kritik am Mythos des Wirtschaftswunders 1990 nicht ausreichend in der Öffentlichkeit rezipiert worden sei, zumal manche Ökonomen weiterhin an dieser liebgewordenen Vorstellung festgehalten hätten. Der Wirtschaftshistorikerstreit habe im Gegensatz zum Historikerstreit der 1980er Jahre kaum öffentliche Aufmerksamkeit erfahren.[11] Bei der Auseinandersetzung um die deutsche Einheit stand

8 *M.R. Lepsius*, Institutionenstrukturen in der DDR, in: *Ders. (Hg.)*, Institutionalisierung politischen Handelns. Analysen zur DDR, Wiedervereinigung und zur Europäischen Union, Wiesbaden 2013, S. 67–81.

9 *A. Reckwitz*, Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin 2019, S. 239–304.

10 Siehe dazu *W. Abelshauser*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S. 402f.; *M. Böick*, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018, S. 63, 136 u. 160.

11 *Abelshauser*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 406.

die Wirtschaftsgeschichte so zunächst eher am Rande. Und tatsächlich wurde die Entwicklung der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte in den 1990er Jahren weniger von der Erforschung der DDR,[12] sondern vielmehr durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte deutscher Unternehmen in der NS-Zeit geprägt.[13]

Die Sozialwissenschaften sahen dagegen 1990 eine einmalige Gelegenheit gekommen: Sie bauten zügig eine umfangreiche Forschungsinfrastruktur auf, um den Vereinigungsprozess und seine Folgen umfassend zu begleiten. Während aber im Bereich der Zeitgeschichte der Weg zur langfristigen Institutionalisierung der DDR-Forschung beschritten wurde, entschied sich der Wissenschaftsrat im Falle der sozialwissenschaftlichen Erforschung des Einigungsprozesses gegen eine dauerhafte Lösung und richtete stattdessen eine Kommission mit temporärem Charakter ein. Von 1991 bis 1996 arbeiteten in der vereinsmäßig organisierten „Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels" (KPSW) über 50 Sozialwissenschaftler, unter ihnen zahlreiche ehemalige Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR. Zudem vergab die KPSW zahlreiche Forschungsaufträge.[14] Auf die 1996 eingestellte KPSW folgte später als zweiter institutioneller Eckpunkt der in Jena und Halle-Wittenberg angesiedelte Sonderforschungsbereich 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch – Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung", der von 2001 bis 2012 von der DFG gefördert wurde.[15] Rückblickend zeigt sich aber, dass dem „explosionsartigen Anschwellen" der sozialwissenschaftlichen Erforschung des Einigungsprozesses nach 1990 bereits seit Mitte, spätestens aber Ende der 1990er Jahre ein „implosionsartiges Schrumpfen" dieses seither weitgehend marginalisierten Forschungsfeldes folgte, wie Raj Koll-

12 Siehe vor allem *J. Roesler*, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Freiburg 1990; *A. Steiner*, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999; *Ders*., Von Plan zu Plan; *R. Karlsch*, „Strahlende Vergangenheit". Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut, St. Katharinen 1996; *D. Hoffmann*, Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002.

13 Siehe *R. Banken*, Vom „Verschweigen" über die „Sonderkonjunktur" hin zur „Normalität"?. Der Nationalsozialismus in der Unternehmensgeschichte der Bundesrepublik, in: *Zeitgeschichte-online*, Dezember 2012, https://zeitgeschichte-online.de/themen/vom-verschweigen-uber-die-sonderkonjunktur-hin-zur-normalitat (zuletzt aufgerufen am 21.01.2020); *S. Brünger*, Geschichte und Gewinn. Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit, Göttingen 2017.

14 H. *Bertram/R. Kollmorgen*, Die Transformation Ostdeutschlands und ihre Erforschung. Eine Einführung in die Arbeit der KPSW und die Beiträge des Bandes, in: *Dies. (Hg.)*, Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen 2001, S. 11–30, hier v.a. S. 11f.; siehe auch *F. Hauß/R. Kollmorgen*, Die KPSW im Transformationsprozeß. Geschichte, Aufgaben, Arbeitsweisen und erste Ergebnisse, in: Berliner Debatte 4/1993, S. 35–53.

15 *H. Best/E. Holtmann*, Die langen Wege der deutschen Einigung. Aufbruch mit vielen Unbekannten, in: *Dies. (Hg.)*, Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt a.M. 2012, S. 11–39.

morgen 2011 bilanzierte. Allerdings betraf dies vor allem den Publikationsausstoß. Die Forschungsaktivitäten gingen dagegen nicht in gleichem Maße zurück, was vor allem dem einsamen Leuchtturm des SFB 580 zuzuschreiben ist.[16] Während sich aber die vom einzigartigen „Sozialexperiment" des Umbaus Ostdeutschlands scharenweise angelockten etablierten westdeutschen Sozialwissenschaftler seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder zurückzogen, „konnte das Feld nun unproblematisch den Ostdeutschen als ‚natürlichen Experten' überlassen werden"[17].

„Transformation" wurde dabei zum Leitbegriff der auf Ostdeutschland konzentrieren sozialwissenschaftlichen Erforschung des Einigungsprozesses. Befragt man den Google NGram Viewer nach dem Auftauchen dieses Begriffs in deutschsprachigen Veröffentlichungen, so steigt die Kurve 1990 steil an, erreicht 1997 ihren Höhepunkt und sinkt dann allmählich wieder ab.[18] (Siehe Abb.) Stellt man die Suche nach dem Begriff „Transformation" auf englischsprachige Literatur ein, so zeigt sich ein ähnliches Bild, wenngleich der Anstieg etwas früher einsetzt und der Höhepunkt etwas später liegt. Ziemlich ähnlich stellt sich dagegen der Kurvenverlauf für die englischsprachige, insbesondere politikwissenschaftliche Literatur dar.[19] In US-amerikanischer Perspektive spielte jedoch neben Ostdeutschland vor allem die in den 1980er Jahren einsetzende Demokratisierung lateinamerikanischer autoritärer Systeme eine wichtige Rolle.

Kurzum: Hatte der Begriff „Transformation" bis 1990 ein Schattendasein in den deutschen Sozialwissenschaften – und ebenso in der Wirtschaftswissenschaft – geführt, wurde dieser nun zum dominierenden Schlagwort, um den überraschenden und plötzlichen Umbruch der staatssozialistischen Herrschaftsregimes in Ost- und Mitteleuropa zu markieren.[20] Zwischen 1990 und 2000 erschienen etwa 5.500 einschlägige Publikationen.[21] „Transformation" bezeichnete, so Max Kaase und

16 *R. Kollmorgen*, Zwischen „nachholender Modernisierung" und ostdeutschem Avantgardismus. Ostdeutschland und deutsche Einheit im Diskurs der Sozialwissenschaften, in: *Ders./F. Thomas Koch/H.-L. Dienel (Hg.)*, Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011, S. 27–65, hier S. 28–33.

17 Ebd., S. 44.

18 Google NGramm Viewer: „Transformation" (German), 1960–2007, https://books.google.com/ngrams/graph?content=Transformation&year_start=1960&year_end=2008&corpus=20&smoothing=0&share=&direct_url=t1%3B%2CTransformation%3B%2Cc0 (letzter Aufruf: 11.01.2020).

19 Siehe Google NGramm Viewer, „Transformation", „Transition" (English), 1960–2007; https://books.google.com/ngrams/graph?content=Transformation%2C+Transition&year_start=1900&year_end=2008&corpus=15&smoothing=0&share=&direct_url=t1%3B%2CTransformation%3B%2Cc0%3B.t1%3B%2CTransition%3B%2Cc0#t1%3B%2CTransformation%3B%2Cc0%3B.t1%3B%2CTransition%3B%2Cc0 (letzter Aufruf: 10.01.2020).

20 *R. Kollmorgen/W. Merkel/H.-J. Wagener*, Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung, in: *Dies. (Hg.)*, Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 11–27, hier S. 16.

21 *R. Reißig*, Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin 2000, S. 134.

M. Rainer Lepsius, allerdings kein „theoretisch eindeutig verortetes Konzept." Vielmehr habe der Begriff vor allem in der Frühphase der einschlägigen Forschungen die wichtige Funktion gehabt, zunächst einmal überhaupt einen Kommunikationszusammenhang zwischen den zahlreichen in diesen Bereich hineindrängenden Forschern herzustellen." Dies sei auch gelungen, „jedoch um den Preis des Verzichts auf analytische Trennschärfe."[22]

Anfang der 1990er Jahre galt weithin als ausgemacht, dass mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die Kombination von liberaler Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft als Sieger vom Platz gegangen sei und künftig gar kein ernstzunehmender Gegner mehr existiere. Das intellektuelle Passepartout dafür lieferte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der 1989 vom „Ende der Geschichte" schrieb. Hatte Hegel die Weltgeschichte als „Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit" definiert, so war dieser Prozess für Fukuyama mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Sieg der liberalen Demokratie an seinem Endpunkt angelangt.[23] Auch wenn manche Stimmen in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auf die Offenheit und Kontingenz der Transformationsprozesse hinwiesen oder auch mit einer alternativen Modernität des Ostens argumentierten, dominierte in den folgenden Jahren zunächst ein starker teleologischer Impuls.[24]

Überwiegend diente – und zwar zumeist implizit – die Modernisierungstheorie als zentraler theoretischer Referenzrahmen. Sie war in den 1980er Jahren stark unter Druck geraten und erlebte nochmal ein erstaunliches Comeback. Daraus folgte zugleich, dass es bei der deutschen Einigung vor allem darum ginge, in Ostdeutschland einen Prozess „nachholender Modernisierung" in Gang zu setzen, der sich am Vorbild Westdeutschlands orientierte. Selbstkritisch bilanzierte Burkart Lutz, selbst einer der zentralen Akteure der frühen sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung, dass dieser „weitgehend undiskutiert […] ein sehr starkes Axiom" zugrunde gelegen habe, „demzufolge die vom Institutionentransfer ausgelösten Anpassungsprozesse mehr oder minder zwangsläufig zu einer Angleichung an die westlichen Verhältnisse führen werden. Deshalb lieferten die westlichen Verhältnisse auch ganz selbstverständlich die adäquate Folie"[25]. Dies galt

22 M. *Kaase/M.R. Lepsius*, Transformationsforschung, in: *Bertram/Kollmorgen (Hg.)*, Die Transformation Ostdeutschlands, S. 343–363, hier S. 344. Einen Versuch zur Systematisierung des theoretischen Ertrags der Transformationsforschung unternimmt die Regensburger Dissertation von *S. Weingarz*, Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozeß als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften, Münster 2003. Die beste Orientierung bieten *Kollmorgen/Merkel/Wagener (Hg.*), Handbuch Transformationsforschung.

23 *F. Fukuyama*, The End of History?, in: The National Interest 16, Summer 1989, S. 3–18.

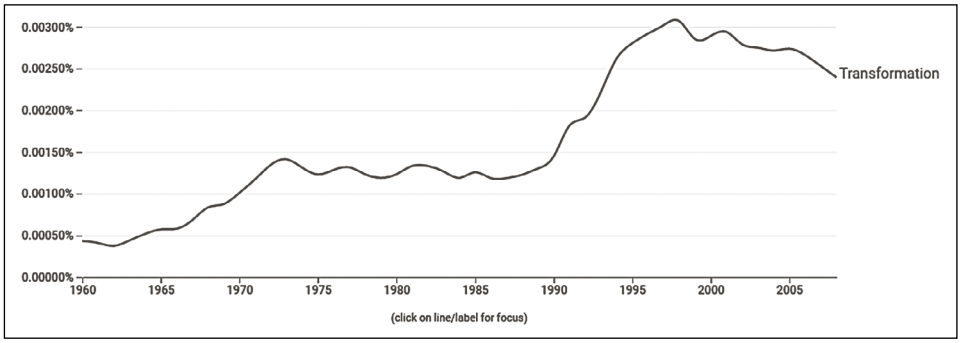
24 Siehe dazu *Kollmorgen*, Zwischen nachholender Modernisierung, S. 35f.

25 *B. Lutz*, Verpasste Gelegenheiten und nachzuholende Lektionen. Einige (selbst-)kritische Überlegungen zur deutschen Transformationsforschung der 90er Jahre, in: *M. Brussig/F. Ettrich/R. Kollmorgen (Hg.)*, Konflikt und Konsens: Transformationsprozesse in Ostdeutschland, Opladen 2003, S. 287–305, hier S. 295f.

freilich nicht nur für die Sozial-, sondern auch für die Geschichtswissenschaft: In einer ersten zeithistorischen Bilanz des Einigungsprozesses beschrieb der Mainzer Zeithistoriker Andreas Rödder 2009 die „fundamentale Transformation einer sozialistischen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" als einen „Modernisierungsschock"[26].

Indem Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaften aber die Anpassung Ostdeutschlands an das Vorbild der westlichen Industrieländer und insbesondere der Bundesrepublik als selbstverständlich unterstellten, gingen sie zugleich von der Dauerhaftigkeit dieses Modernisierungsmodells aus, während die Krisenzeichen bereits seit längerem diskutiert wurden.[27] Die Sozialwissenschaften hätten somit, wie Burkart Lutz argumentiert, die Chance versäumt, „die Öffentlichkeit und das politisch-administrative System frühzeitig auf zu erwartende Fehlentwicklungen und vor allem auf zu befürchtende kontraintentionale Folgewirkungen des Prozesses der deutschen Vereinigung aufmerksam zu machen."[28] Heute stehen uns die Folgen deutlich vor Augen, und dies trägt zu der erneuten Welle der Transformationsforschung bei, diesmal aber vor allem getragen von der Zeitgeschichte sowie auch von der Wirtschaftsgeschichte. Was können diese beiden Teildisziplinen also aus den Versäumnissen und Fehlentwicklungen der ersten Welle der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung lernen?

Abb. 1: Google NGramm Viewer: „Transformation" (deutsch)



Quelle: Google NGramm Viewer: „Transformation" (German), 1960-2007, https://books.google.com/ngrams/graph?content=Transformation&year_start=1960&year_end=2008&corpus=20&smoothing=0&share=&direct_url=t1%3B%2CTransformation%3B%2Cc0 (letzter Aufruf: 11.01.2020).

26 *A. Rödder*, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 279.

27 Vgl. *W. Meteling*, Nationale Standortsemantiken seit den 1970er-Jahren, in: *Dies./A. Leendertz (Hg.)*, Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren, Frankfurt a.M. 2016, S. 203–237.

28 *Lutz*, Verpasste Gelegenheiten, S. 298.

Die neue Transformationsforschung zwischen Zeitgeschichte und Wirtschaftsgeschichte

Nach einer Flaute im Anschluss an den Forschungsboom der 1990er Jahre nimmt seit Mitte der 2010er Jahre das Interesse an der Geschichte der deutschen Einigung wieder stark zu. Diesmal sind insbesondere die Zeitgeschichte und die Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte gemeinsam wesentlich daran beteiligt, das Geschehen nun allmählich in Geschichte verwandeln. Dies hat zunächst den trivialen Grund, dass die übliche Sperrfrist von 30 Jahren für die Freigabe staatlichen Aktenmaterials die zeithistorische Forschung bislang noch stark auf Abstand gehalten hat. Dass demgegenüber sämtliche Akten der untergegangenen DDR (soweit dies nicht wiederum Geheimhaltungsinteressen der Bundesrepublik betraf, wie etwa im Falle mancher Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit) bis 1990 zugänglich waren und daher empirisch gestützte Forschungen, die bis an die damalige Gegenwartsschwelle heranreichten, möglich waren, bildete insofern einen eher seltenen Sonderfall. Zudem wird die neuerliche Konjunktur der Geschichte der Transformation durch eine schwer definierbare Mischung aus intrinsischen und extrinsischen Motivationen angeheizt. Zu letzteren gehören auch Anstöße aus dem politischen Raum. So setzte sich etwa der Theologe und ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD in der Volkskammer der DDR Richard Schröder aus geschichtspolitischen Gründen erfolgreich für eine Freigabe der Akten der stark umstrittenen Treuhandanstalt ein, die nach 1990 maßgeblich den raschen Übergang der Industriebetriebe von der Plan- zur Marktwirtschaft verantwortete. Auf dieser Grundlage führt das Institut für Zeitgeschichte derzeit ein umfangreiches, zu großen Teilen vom Bundesfinanzministerium finanziertes Forschungsprojekt durch, in dem Zeithistoriker und Wirtschaftshistoriker eng zusammenarbeiten.[29]

Die Homepage des IfZ-Projekts „Das Laboratorium der Marktwirtschaft" erläutert, dass sich von den ohnehin wenigen „wissenschaftlichen Darstellungen des Aufbaus Ost, die auch die Tätigkeit der Treuhandanstalt einschließen" keine tatsächlich auf Primärquellen stützen könne.[30] Dies trifft jedoch lediglich dann zu, wenn man ein sehr traditionelles Quellenverständnis zugrunde legt, dass nur solchen Überresten der Vergangenheit Quellenwert zuspricht, die unmittelbar aus staatlichem Handeln entsprungen sind. Davon hat sich eine Zeitgeschichte des digitalen Zeitalters allerdings schon verabschiedet.[31] Nicht nur haben sich Kommu-

29 Siehe *D. Hoffmann*, Im Laboratorium der Marktwirtschaft: Zur Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90 bis 1994. Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 66, 2018, S. 167–185; sowie die Projekthomepage „Das Laboratorium der Marktwirtschaft", auf der auch die Einzelprojekte aufgeführt werden: https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/geschichte-der-treuhandanstalt/ (zuletzt aufgerufen am 18.01.2020).

30 Projekthomepage „Das Laboratorium der Marktwirtschaft".

31 Siehe dazu paradigmatisch *K.K. Patel*, Zeitgeschichte im digitalen Zeitalter. Neue und alte Herausforderungen, in: VfZ 59, 2011, S. 331–351; sowie auch die methodischen

nikationsformen und -medien und damit letztlich auch die Wege der Quellenüberlieferung im politischen Handeln verändert, woran uns die Affäre um die gelöschten SMS auf dem Diensthandy einer ehemaligen Verteidigungsministerin der Bundesrepublik jüngst noch einmal erinnerten. Vielmehr haben sich auch die Formen des Politischen selbst durch umfassende Medialisierungsprozesse dramatisch verändert. Dies erlaubt es auch bei der Untersuchung des deutschen Einigungsprozesses nicht, uns ausschließlich auf die fraglos wichtige, aber keineswegs ausreichende staatliche Aktenüberlieferung zu stützen. Überdies ließe sich hier auch an ein sehr traditionelles methodisches Argument erinnern. Bereits 1868 formulierte Johann Gustav Droysen in seinem *Grundriss der Historik*: „Aus der historischen Frage ergiebt sich, welche Ueberreste, Denkmäler, Quellen zu ihrer Beantwortung heranzuziehen sind.“[32] Kurzum: Nicht die Quellen bestimmen die Fragen, sondern die historische Fragestellungen die Auswahl der Quellen, die in den letzten Jahrzehnten ungeheuer vielfältig geworden sind.

Von den klassischen Kriterien der vom Historismus entwickelten historischen Quellenkritik ist es wiederum nicht weit bis zu der Frage, wie sich die heutige Erforschung des Prozesses der deutschen Einheit zu den umfangreichen Ergebnissen der Transformationsforschung nach 1990 stellen sollte: Hier existiert ein gewaltiger Fundus an Studien, aber auch an sozialwissenschaftlichem Datenmaterial. Der Zeithistoriker Marcus Böick hat in seiner Pionierstudie zum Personal der Treuhandanstalt beispielsweise gezeigt, wie sich sozialwissenschaftliche Interviewdaten erfolgreich für eine historische Sekundäranalyse nutzen lassen.[33] Rüdiger Graf und Kim Priemel haben in einem vieldiskutierten Aufsatz dafür sensibilisiert, dass die Zeitgeschichte die Begriffe und Ergebnisse von sozialwissenschaftlichen Diagnosen, die aus dem zeitlichen Horizont des Untersuchungsgegenstandes selbst stammen, mit derselben quellenkritischen Sensibilität benutzen sollte wie dies auch für alle anderen Überreste und Quellen aus dieser Zeit erforderlich ist.[34] Diese Forderung gilt gleichermaßen für die sozialwissenschaftlichen Begriffe, Erklärungsmodelle und empirischen Befunde – und sie ließe sich, ohne dass dies von den beiden Autoren explizit erwähnt wurde, unschwer auf die Ergebnisse der wirtschaftswissenschaftlichen Erforschung des Transformationsprozesses ausweiten.

Vorüberlegungen bei *L. Raphael*, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019, S. 30f.

32 *J.G. Droysen*, Grundriss der Historik, Leipzig 1868, § 26, S. 15. Siehe Online auch: http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/droysen_historik_1868/?hl=Quellen&p=27 (zuletzt aufgerufen am 19.1.2020).

33 *M. Böick*, Treuhand.

34 Siehe dazu und zum Folgenden *R. Graf/K.C. Priemel*, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: VfZ 59, 2011, S. 479–508. Vgl. dazu auch die Reaktionen von *B. Dietz/C. Neumaier*, Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung, in: VfZ 60, 2012, S. 293–304; *J. Pleinen/L. Raphael*, Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin, in: VfZ 62, 2014, S. 173–195.

Dahinter steckt letztlich eine zentrale Herausforderung der zeitgeschichtlichen Forschung im Umgang mit derartigen Realitätskonstruktionen: Wie überschreiten wir eigentlich das oftmals beeindruckende und kenntnisreiche Niveau der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung im sozialwissenschaftlichen Zeitalter[35] – und dies zumal angesichts des verbreiteten theoretischen Eklektizismus der Zeitgeschichte, der auch von den Angeboten der Wirtschaftsgeschichte großzügig Gebrauch macht? Ohne Zweifel gehört „Transformation" hier zu jenen Begriffen, die wir in doppelter Weise betrachten müssen: nämlich zum einen als quellensprachliche Bestandteile jener Wirklichkeit, die wir uns jetzt zu untersuchen anschicken, und zum anderen als Bestandteil unseres eigenen analytischen Werkzeugkastens. Die Spannung zwischen diesen beiden Dimensionen führt im besten Fall in jene Dauerreflexion, die unabdingbar zur methodischen Grundoperation der Zeitgeschichte gehört.

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat mittlerweile die von ihr in den 1990er Jahren intensiv betriebene Transformationsforschung mehrfach selbst bilanziert und dabei neben den Erfolgen auch die Defizite und die daraus zu ziehenden Konsequenzen hervorgehoben. Zu den auch für die zeit- und wirtschaftshistorische Forschung wichtigen Anstößen gehört vor allem die Forderung, die mit der frühen Transformationsforschung oftmals verbundene zeitliche und räumliche Begrenzung zu überschreiten.[36] Zum ersten sollte also die Geschichte vor und nach 1990 nicht mehr wie bislang üblich getrennt untersucht werden. Die sozialwissenschaftliche Forschung interessierte sich meist nicht für zeitliche Längsschnitte, sondern wandte sich vor allem der unmittelbaren Gegenwart zu. Aber auch die historische Forschung beschäftigte sich bislang vorwiegend entweder mit der Geschichte der DDR oder mit der politischen Geschichte der deutschen Einigung, ohne die Verbindungslinien zu thematisieren, wobei sich dies allerdings bereits zu ändern begonnen hat.[37] Diese Zäsur zu überwinden, verspricht einen doppelten Gewinn: In wissenschaftlicher Hinsicht wird dies dazu beitragen, historische Transformationsprozesse umfassender zu erklären. In politischer Hinsicht trägt dies vielleicht dazu bei, die nach opportunistischen Gesichtspunkten polarisierten Schuldzuweisungen für die Probleme der Einheit zu überwinden.

Zum zweiten sollte aber auch der bei der Erforschung von Transformationsprozessen nach 1990 oft noch herrschende methodische Nationalismus endgültig überwunden werden. Dieser resultiert vor allem aus der lange Zeit dominanten Annahme, wonach der deutsche Fall aus vielerlei Gründen einzigartig sei.[38] Die

35 *Graf/Priemel*, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften, hier v.a. S. 388.

36 *B. Lutz*, Verpasste Gelegenheiten, S. 294; siehe auch etwa *R. Kollmorgen*, Zwischen „nachholender Modernisierung" und ostdeutschem „Avantgardismus". Ostdeutschland und deutsche Einheit im Diskurs der Sozialwissenschaften, in: *Ders./F.T. Koch/H.-J. Dienel (Hg.)*, Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011, S. 27–65.

37 Siehe etwa *F. Bösch (Hg.)*, Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015.

38 Dies gilt insbesondere auch für die Arbeit der KPSW, siehe dazu etwa *Bertram/Kollmorgen*, Die Transformation Ostdeutschlands und ihre Erforschung, S. 9.

bereits 1991 von M. Rainer Lepsius erhobene Forderung nach einer perspektivischen Erweiterung auf andere, osteuropäische Fälle des Systemwechsels[39] blieb dagegen zumeist ungehört. Seit einiger Zeit beginnt sich dies aber zu ändern, und vor allem der Wiener Osteuropahistoriker Philipp Ther hat hier eine Schneise geschlagen und neben den klassischen Transformationskandidaten im Osten auch die neoliberale Ko-Transformation im westlichen Europa in die Analyse miteinbezogen.[40] Auch bei der räumlichen Erweiterung geht es neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn zugleich um eine politische Dimension: Die Konzentration auf den (ost-)deutschen Fall rechtfertigt allzu leicht ein Denken in einer Logik der Alternativlosigkeit, während die räumliche Erweiterung den Sinn für die prinzipielle Vielgestaltigkeit und Offenheit der historischen Situation nach 1990 öffnet.

Bei der nun einsetzenden historischen Erforschung der deutschen Einigung in einer solchen zeitlich und räumlich erweiterten Perspektive spielt die Untersuchung der Wirtschaft eine zentrale Rolle, wobei die Analyse der Geschichte der Treuhandanstalt nur ein erster, wichtiger Schritt sein kann. Die Zeitgeschichte und die Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte sollten dabei eng zusammenarbeiten, wie sie dies auch bislang schon getan haben.[41] Eine Perspektive, die dabei Übergänge zwischen verschiedenen Eigentumsregimes und verschiedenen Modellen der wirtschaftlichen Organisation berücksichtigt, steht zugleich vor der Herausforderung, die zugrundeliegenden Kategorien, mit denen Unternehmen sowie die jeweils dazu gehörige politische Ökonomie untersucht werden, zu reflektieren. Pointiert gesprochen hat sich der zu schlichte Gegensatz von Arbeit und Kapital auch in der wissenschaftlichen Organisation niedergeschlagen: Fällt also ersteres für gewöhnlich in den Bereich der Geschichte der Gewerkschaften bzw. der sozialen Bewegungen, so bildet zweiteres die Domäne der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte. Die Erforschung der Transformation vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft bietet also eine gute Gelegenheit, diese Grenzziehung zu überdenken. Dafür spricht auch eine gewachsene Sensibilität dafür, dass Betriebe mehr sind als Unternehmer, Innovationen und Produktivkapital.

Ein solches karikiertes Bild einer stark makroökonomisch ausgerichteten Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte wird in jüngster Zeit zunehmend herausgefordert. Dafür ist vor allem die gegenwärtige Debatte über die zunehmende soziale Ungleichheit verantwortlich, die sich insbesondere auf den 2013 veröffentlichten wirtschaftswissenschaftlichen Bestseller von Thomas Piketty über das *Kapital im 21. Jahrhundert*[42] bezieht. Die Auswirkungen zeigen sich auch an einem Wechsel der wirtschaftshistorischen Leitsterne: An die Stelle Joseph Schumpeters tritt

39 *Lepsius*, Ein unbekanntes Land, S. 72.

40 *P. Ther*, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.

41 Siehe dazu vor allem die Arbeiten von *A. Steiner*, Die Carl-Zeiss-Stiftung in Wiedervereinigung und Globalisierung 1989 bis 2004, Göttingen 2017; *Ders*., Unternehmen im Umbruch, in: *F. Bösch/M. Sabrow (Hg.)*, ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung 2019, Potsdam 2019, S. 133–142.

42 *T. Piketty*, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.

gewissermaßen sein österreichischer Fast-Altersgenosse Karl Polanyi, der 1944 in *The Great Transformation*[43] die Gefahren der Verselbstständigung der Wirtschaft gegenüber der Gesellschaft analysierte. Statt Schumpeters „schöpferischer Zerstörung" als Triebkraft der kapitalistischen wirtschaftlichen Entwicklung geht es bei Polanyi um die damit verbundene „Entwurzelung und Zerstörung sozialer Gemeinschaften", weshalb er die „Einbettung" des Kapitalismus forderte, worauf nun auch aktuelle Deutungen der Geschichte der Transformation nach 1990 wieder zurückgreifen.[44] Schumpeter wie Polanyi ging es im Kern um das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, und beide teilten hier eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den dauerhaften Chancen einer derartigen Verbindung. Angesichts der gegenwärtig viel diskutierten Krise der liberalen Demokratie, die auch wesentlich das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft betrifft, ergibt sich hier sowohl eine Herausforderung für die Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte als vielleicht auch eine Chance für eine engere Zusammenarbeit mit der Zeitgeschichte.

Ein Teil dieser Herausforderung wird darin bestehen, die gegenwärtig bei der Untersuchung der Geschichte der deutschen Einigung oftmals vorherrschende Arbeitsteilung zu überwinden, wonach die Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte die Makroebene ökonomischer Umbruchsprozesse untersucht, während die Zeitgeschichte die Erfahrungen und Deutungen der von solchen wirtschaftlichen Umbrüchen Betroffenen mikrogeschichtlich erforscht. Für eine erkenntnisfördernde Kombination dieser Perspektiven gibt es bereits gute Beispiele, und zwar auf beiden Seiten. Dazu gehören im Bereich der Unternehmensgeschichte etwa der Trend zur Unternehmerbiographie[45] oder auch das von Alexander Nützenadel geleitete DFG-Schwerpunktprogramm „Erfahrung und Erwartung. Historische Grundlagen ökonomischen Handelns"[46]. So hat Lutz Raphael etwa jüngst in seiner Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom dezidiert die Analyse der wirtschaftlichen Basisprozesse mit einer Erzählperspektive kombiniert, „die die Lebenslagen und Erfahrungswelten von Industriearbeiterinnen und -arbeitern in den Mittelpunkt stellt",[47] wobei freilich die darstellerische Kluft zwischen den beiden Ebenen gelegentlich sehr weit bleibt. Auch ein von Philipp Ther jüngst begonnenes großes Wiener Forschungsprojekt untersucht die Transformation nach dem Ende des Staatssozialismus gleichermaßen aus einer Makroperspektive und

43 *K. Polanyi*, The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a.M. 1973 [1944].

44 *P. Ther*, Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation, Berlin 2019, S. 18f. Zum aktuellen Paradigmenwechsel vom Schumpeterschen „Wettbewerbsstaat" zur Polanyischen „Einbettung" siehe auch *Reckwitz*, Das Ende der Illusionen, S. 264 u. 286.

45 Siehe z.B. *W. Plumpe*, Carl Duisberg 1861–1935. Anatomie eines Industriellen, München 2016.

46 Siehe https://www.geschichte.hu-berlin.de/de/forschung-und-projekte/forschungsprojekte/spp-1859-erfahrung-und-erwartung-historische-grundlagen-oekonomischen-handelns (zuletzt aufgerufen am 3.08.2020).

47 *Raphael*, Jenseits von Kohle und Stahl, S. 11f.

anhand von Fallstudien aus einer mikrohistorischen Perspektive „von unten".[48] Der Begriff der Transformation ist somit zurückgekehrt, jedoch in veränderter Form: nicht mehr als positiver Erwartungsbegriff, sondern als diagnostisches Werkzeug einer krisenhaften Entwicklung. Was aber bedeutet dies für die mögliche Zukunft der Zusammenarbeit von Zeitgeschichte sowie Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte?

Fazit: Fürsorgliche Belagerung oder Wahlverwandtschaft?

Wie die Erforschung von Wirtschaft und Unternehmen im Kontext der deutschen Einheit zeigt, kann es keinesfalls darum gehen, die Untersuchung auf ökonomischer Strukturen zu reduzieren, während sich die Zeitgeschichte dann etwa auf die Erforschung lebensweltlicher Erfahrungen und gesellschaftlicher Bedeutungen der Folgen wirtschaftlichen Handelns beschränken würde. Es sollte also vermieden werden, den Gegensatz einer Hermeneutik von Unternehmensbilanzen einerseits und von Diskursen und sozialer Sinnsysteme andererseits zu hypostasieren. Denn dies verlängerte lediglich jene Kommunikationsprobleme zwischen Zeitgeschichte und Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, die sich nach der Krise der klassischen Sozial- und Gesellschaftsgeschichte in den 1990er Jahren entwickelt haben. Dabei ist die Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte oftmals in eine schwierige Mittellage zwischen kulturalisierter Zeitgeschichte und szientistischer Ökonomie geraten. Die negativen Auswirkungen dieser Entwicklung zeigen sich nicht zuletzt in der Stellenpolitik deutscher Universitäten, wo das Fach schon seit einigen Jahren zwischen beiden Seiten zerrieben zu werden droht.

Bedroht also die Annäherung der Zeitgeschichte an die Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, wie sie vor allem bei der Erforschung der Transformation nach dem Ende des Staatssozialismus in der DDR und anderswo stattfindet, deren disziplinäre Eigenständigkeit? Ließe sich hier gar von einer fürsorglichen Belagerung sprechen? Eine optimistischere Perspektive, für die ich hier plädiere, wäre dagegen, dass die hochrelevante Frage nach dem Zusammenhang von Wirtschaft und Demokratie, das nicht nur für ökonomische Klassiker wie Schumpeter und Polanyi im Zentrum stand, sondern auch für gegenwärtige Historikerinnen und Historiker eine immer wichtigere Rolle spielt, gerade die Relevanz der spezifischen Kompetenzen der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte unterstreicht. Darauf ließe sich auch eine anregende Wahlverwandtschaft mit der Zeitgeschichte begründen. Aus dieser könnten auch überzeugende Lösungen für jene Verbindung von Makro- und Mikroperspektiven hervorgehen, die bei der historischen Erforschung der Geschichte der deutschen Einheit dringend erforderlich ist. Gerade die Untersuchung von Unternehmen, aber auch anderer Organisationen könnte

48 https://medienportal.univie.ac.at/uniview/forschung/detailansicht/artikel/philipp-ther-die-grosse-transformation/ (zuletzt aufgerufen am 20.01.2020).

hier als vermittelnde Meso-Ebene dienen[49] und damit dazu beitragen, aus dem oftmals unvermittelten Gegenüber der Perspektiven heraus zu gelangen. Für den Bau von Brücken zwischen Zeitgeschichte einerseits und Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte andererseits gibt es bereits ermutigende Ansätze, die unter dem Fokus auf das „eingebettete" ökonomische Handeln auch und nicht nur für die Einigungs-Geschichte genutzt werden sollten. Zugleich ließe sich hier auch die immer noch oft übliche Verengung auf die Untersuchung Ostdeutschlands durch eine Gegenexotisierung Westdeutschlands aufbrechen. Dies wäre nicht nur ein wissenschaftlicher Gewinn, sondern könnte auch helfen, die gegenwärtige politische Debatte zu versachlichen.

49 Siehe dazu *M. Böick/M. Schmeer*, Einleitung, in: *Dies. (Hg.)*, Im Kreuzfeuer der Kritik. Umstrittene Organisationen im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2020, S. 9–65, hier S. 25f.

Märkte der Moderne: Transformationen der Wirtschaftsstruktur

Ulrich Pfister (Münster)

Strukturbrüche im Übergang zum modernen Wirtschaftswachstum: Deutschland vom 17. zum 19. Jahrhundert

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen kontinuierlicher Entwicklung und Strukturbrüchen in der Transformation hin zur modernen Wirtschaft, das sich in einzelnen Volkswirtschaften durchaus unterschiedlich gestaltete. In Großbritannien setzte in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts eine allmähliche und kontinuierliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums ein, bei der eine spezifische Faktorausstattung, agrartechnischer Fortschritt, institutioneller Wandel und außenwirtschaftliche Öffnung ineinandergriffen.[1] Für Deutschland zeigt demgegenüber die folgende Studie, dass der Übergang zum modernen Wirtschaftswachstum zwar ebenfalls ein langer, sich von der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erstreckender Vorgang war. Allerdings erfolgte er ausgesprochen diskontinuierlich, nämlich in Gestalt chronologisch gut datierbaren Strukturperioden mit je spezifischen Eigenschaften. Sie lassen sich in Anlehnung an die *Unified Growth Theory* als spätmalthusianisches Ungleichgewicht (18. Jahrhundert), postmalthusianische Ära (späte 1810er bis 1870er Jahre) und Übergang ins moderne Wirtschaftswachstum (ca. 1880–1913) bezeichnen.[2]

Der folgende Beitrag charakterisiert diese Strukturperioden und spekuliert über die Beschaffenheit der Übergänge zwischen ihnen. Leitender Gesichtspunkt ist das Spannungsfeld zwischen endogener Dynamik und externen Schocks. In der *Unified Gowth Theory* vollzieht sich der Übergang endogen durch das Wechselspiel des Zusammenhangs zwischen Bevölkerung und technischem Fortschritt mit den Beziehungen zwischen Einkommen, der Rente auf Humankapital und den Reproduktionsentscheidungen von Ehepaaren. Demgegenüber lässt bereits die eben getroffene Datierung der einzelnen Strukturperioden die Vermutung aufkommen, dass die Übergänge zwischen ihnen auch mit externen, nicht zuletzt politischen und institutionellen Schocks in Beziehung stehen könnten – konkret mit der beschleunigten Staatsbildung im Anschluss an den Dreißigjährigen Krieg, mit der Transformation des deutschen Staatensystems im Gefolge der Revolutions- und napoleonischen Kriege (1792–1815) sowie mit der Nationalstaatsgründung von

1 *R.C. Allen*, The British Industrial Revolution in global perspective, Cambridge 2009; *S. Broadberry u.a.*, British economic growth, 1270–1870, Cambridge 2015.

2 *M. Kremer*, Population growth and technological change. One million BC to 1990, in: Quarterly Journal of Economics 3/108, 1993, S. 681–716; *O. Galor/D.N. Weil*, Population, technology and growth: from the Malthusian regime to the demographic transition and beyond, in: American Economic Review 4/90, 2000, S. 806–828; *O. Galor*, Unified growth theory, Princeton 2011.

1870/1. Um das Verhältnis zwischen endogener Dynamik und externen Schocks im Übergang zum modernen Wirtschaftswachstum zu bestimmen, identifiziert der erste Abschnitt die drei genannten Strukturperioden vor allem anhand der Beziehung zwischen Bevölkerung und Reallohn. Drei weitere Abschnitte charakterisieren diese Strukturperioden und diskutieren insbesondere die denkbaren Gründe ihrer Entstehung.

Der Wandel der Beziehung zwischen Bevölkerung und Reallohn, 1500–1913

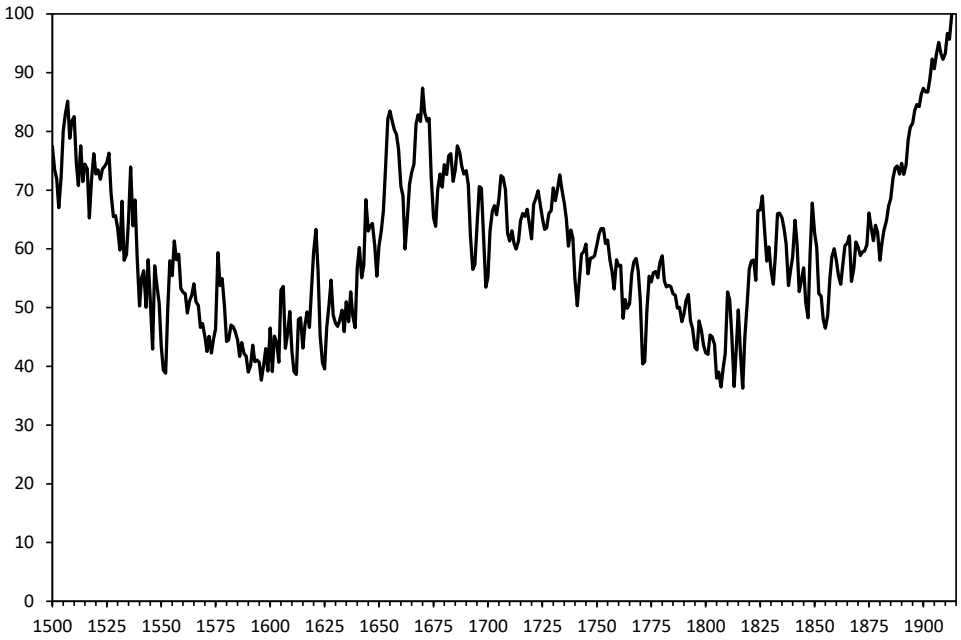
Um einen ersten Überblick über die langfristige Entwicklung der deutschen Wirtschaft im vorstatistischen Zeitalter zu gewinnen, bietet sich eine Betrachtung des Reallohns an. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entfielen etwa zwei Drittel des Volkseinkommens auf den Faktor Arbeit; der Reallohn gibt somit einen Hinweis über den Verlauf der wichtigsten Einkommenskomponente.[3] Die Abbildung (s.u.) zeigt als erstes einen klaren Strukturbruch im Jahr 1880. Erst in den darauffolgenden gut drei Jahrzehnten erfolgte ein weitgehend stetiger Anstieg, der deutlich über das in der Vormoderne geltende Niveau hinausführte. Ab dieser Zeit wuchs auch das reale Nettoinlandproduktion pro Kopf mit etwa 1,5 Prozent pro Jahr, was der langfristigen Wachstumsrate der deutschen Wirtschaft seither entspricht. Davor wuchs die reale Wirtschaftsleistung pro Kopf mit deutlich niedrigeren Jahresraten – wahrscheinlich mit etwa 0,6–1,1 Prozent zwischen 1851 und 1880 und 0,3–0,5 Prozent zwischen 1820 und 1850.[4] Im Hinblick auf eine ältere, an Rostow angelehnte Lehrmeinung spricht dies gegen einen raschen Take-off der deutschen Wirtschaft im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts. Vielmehr erfolgte analog zum von Crafts und Harley für Großbritannien festgestellten Befund auch in Deutschland im Zuge der Industrialisierung eine allmähliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, die um 1880 in Übergang zu einem modernen Wachstumsregime mündete.[5]

3 *U. Pfister*, The Crafts-Harley view of German industrialization. An independent estimate of the income side of net national product, 1851–1913, in: European Review of Economic History 3/24, 2020, S. 502–521, Abb. 4.

4 Ebd, Tab 4.

5 *W.W. Rostow*, The take-off into sustained growth, in: Economic Journal 66/261, 1956, S. 25–48; *N.F.R. Crafts/C.K. Harley*, Output growth and the British industrial revolution. A restatement of the Crafts-Harley view, in: Economic History Review 4/45, 1992, S. 703–730; *Pfister*, Crafts-Harley view.

Abb. 1: Der Reallohn ungelernter Bauarbeiter in 18 Städten (1500–1850) bzw. von Arbeitern im verarbeitenden Gewerbe (1850–1913; 1913=100)



Quelle: *U. Pfister*, The inequality of pay in pre-modern Germany, late 15th century to 1889, in: JWG 1/60, 2019, S. 213; GESIS ZA8709, Tab. A.03.

Um das Verhalten des Reallohns in der Zeit vor 1880 näher zu charakterisieren, ist ein Vergleich mit dem Bevölkerungswachstum nützlich. Sowohl im 16. als auch im 18. Jahrhundert expandierte die deutsche Bevölkerung um etwa 0,4 Prozent pro Jahr, während sie in der Zeit des Dreißigjährigen Kriegs (1618–1648) wahrscheinlich um ein Drittel bis 40 Prozent schrumpfte. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts verdoppelte sich das Tempo des Bevölkerungswachstums auf eine jährliche Rate 0,8 Prozent (1816–1870); das Maximum erreichte es zwischen 1871 und 1913 mit 1,2 Prozent.[6]

Stellt man die Chronologie der langfristigen Bevölkerungsentwicklung mit dem Verlauf des Reallohns in der Abbildung gegenüber, so zeigt sich bis etwa 1800 ein deutlich negativer Zusammenhang zwischen den beiden Größen: In Zeiten wachsender Bevölkerung fiel der Reallohn, während die verheerenden Bevölkerungs-

6 *W.G. Hoffmann*, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 172–174; *U. Pfister/G. Fertig*, From Malthusian disequilibrium to the post-Malthusian era. The evolution of the preventive and positive checks in Germany, 1730–1870, in: Demography 57/3, 2020, S. 1145–1170, hier Abb. 1; *G. Fertig u.a.,* Das postmalthusianische Zeitalter. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, 1815–1871, in: VSWG 1/105, 2018, S. 6–33, hier S. 17f.

verluste im Zeitalter des Dreißigjährigen Kriegs das Arbeitseinkommen der Überlebenden massiv anhoben. Der Befund legt es nahe, die deutsche Wirtschaft in der Frühen Neuzeit als malthusianisch zu charakterisieren: Statische Technologie und eine weitgehend konstante Ausstattung mit der natürlichen Ressource Land hatten ein fallendes Grenzprodukt des Faktors Arbeit zur Folge, so dass sich die materielle Wohlfahrt der breiten Bevölkerung invers zur demographischen Entwicklung bewegte.[7]

Allerdings unterscheidet sich die Entwicklung im 18. Jahrhundert deutlich von derjenigen im 16. Jahrhundert. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts war nicht nur das Niveau des Reallohns in etwa mit demjenigen um 1500 vergleichbar, sondern auch die Bevölkerungsgröße mit etwa sieben bis acht Millionen. 1800 war dagegen die Bevölkerung mit gut 19 Millionen rund anderthalbmal so groß wie um 1600 (knapp 13 Millionen).[8] Das Grenzprodukt der Arbeit fiel somit nach 1650 viel weniger steil als im 16. Jahrhundert; die negative Beziehung zwischen Bevölkerung und materieller Wohlfahrt hatte sich bereits deutlich abgeschwächt. Weiter lässt sich für das 18. Jahrhundert ein demographisches Ungleichgewicht beobachten: Die Geburtenrate verhielt sich zwar im Sinn eines malthusianischen *Preventive Check*, indem sie sowohl kurzfristig als auch langfristig positiv auf Änderungen des Reallohns reagierte und somit parallel zum Reallohnverfall etwas zurückging. Demgegenüber funktionierte der *Positive Check* nicht, denn es existierte keine langfristige Beziehung zwischen der Sterberate und dem Reallohn. Konkret folgte die Sterberate im 18. Jahrhundert einem leicht fallenden Trend, während man erwarten würde, dass sich ein Einkommensrückgang in einem Anstieg des Sterblichkeitsniveaus niederschlägt. Die Gründe dafür sind bislang nicht bekannt.[9] Das Fehlen einer langfristigen Beziehung zwischen der Sterberate und dem Reallohn hatte zur Folge, dass letzterer sehr lange fallen konnte, ohne dass eine malthusanische Anpassung und eine Rückkehr zu einem gleichgewichtigen Reallohn erfolgte. Komplementär dazu war die deutsche Bevölkerung anfälliger auf kurzfristige Versorgungskrisen als diejenige in anderen Ländern, d.h. die Sterberate reagierte sehr stark auf kurzfristige Einbrüche des Reallohns. Die Situation der deutschen Wirtschaft im 18. Jahrhundert lässt sich somit klar als spätmalthusianisches Ungleichgewicht charakterisieren.[10]

Im frühen 19. Jahrhundert erfolgte ein klarer Strukturbruch in dem Sinn, als die negative Beziehung zwischen materieller Wohlfahrt und Bevölkerung völlig verschwand. Hätte sie ähnlich wie im 18. Jahrhundert weiter gegolten, so wäre die Verdoppelung des Bevölkerungswachstums mit einem beschleunigten Abwärtstrend des Reallohns einhergegangen. Die Stabilität des Reallohns zwischen den

7 *G. Clark*, A farewell to alms. A brief economic history of the world, Princeton 2007, S. 24f.

8 *U. Pfister/G. Fertig*, The population history of Germany. Research agenda and preliminary results (MPIDR Working Paper WP 2010–035), S. 5.

9 *R. Gehrmann*, Bevölkerungsgeschichte Norddeutschlands zwischen Aufklärung und Vormärz, Berlin 2000, S. 137f., 164f., 286–291.

10 *Pfister/Fertig*, Malthusian disequilibrium.

späten 1810er und den 1870er Jahren zeigt somit, dass der Fall des Grenzprodukts des Faktors Arbeit vollständig durch technischen Fortschritt kompensiert wurde. Darüber hinaus reagierte die Sterberate wenigstens auf nationaler Ebene zwischen 1808 und 1817 kaum mehr auf kurzfristige Versorgungskrisen. Die deutsche Wirtschaft machte somit in den 1810er Jahren eine Transition vom malthusianischen zum postmalthusianischen Zeitalter durch.[11]

Als Grundlage für eine nähere Charakterisierung der postmalthusianischen Ära in Deutschland ist ein Blick auf die Zeitreiheneigenschaften der bisher betrachteten Variablen instruktiv: Der Reallohn war zwischen den späten 1810er und den 1870er Jahren stationär, die Bevölkerung ab dem Ende der 1820er Jahre tendenziell trendstationär. Schocks hatten somit keine permanente Wirkung; die Reihen kehrten jeweils zum Gleichgewichtswert beziehungsweise Gleichgewichtstrend zurück. Dies lässt sich als Hinweis auf skalenabhängigen technischen Fortschritt interpretieren: technischer Fortschritt erfolgte als Externalität des Bevölkerungswachstums – ein wichtiger stilisierter Fakt in Formulierungen der *Unified Growth Theory*.[12] Im Zeitraum 1880 bis 1913 wies dagegen der Reallohn eine Einheitswurzel auf, was auf eine Änderung der Natur des technischen Fortschritts hindeutet.[13] Um 1880 erfolgte somit zusätzlich zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und eines nachhaltigen Anstiegs des Reallohns auch eine Veränderung der Prozesse, die zentrale Größen des wirtschaftlichen Geschehens antrieben.

Welches sind nun die Kräfte, welche der je spezifischen Dynamik der mit Hilfe der Beziehung zwischen Bevölkerung und Reallohn identifizierten Strukturperioden zu Grunde liegen? Und vor allem: Welche Vorgänge bewirkten die Übergänge zwischen den Strukturperioden? Diesen zwei Fragen widmet sich der Rest dieses Essays.

Wurzeln des spätmalthusianischen Ungleichgewichts (spätes 17. und 18. Jahrhundert)

Für ein näheres Verständnis des spätmalthusianischen Ungleichgewichts im 18. Jahrhundert lohnt sich eine Beschäftigung mit dem Sachverhalt, dass der deutsche Außenhandel deutlich rascher wuchs als die Bevölkerung, konservativ geschätzt wohl real um knapp ein Prozent pro Jahr.[14] Angesichts sinkender realer Ta-

11 *Fertig u.a.*, postmalthusianische Zeitalter; *Pfister/Fertig*, Malthusian disequilibrium; allgemein: *Galor*, Unified growth theory, S. 17–30.

12 *Kremer*, Population growth; *Galor*, Unified growth theory, S. 147f. u. 155.

13 *U. Pfister*, Die 1870er Jahre als Strukturbruch der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, Tab. 1., unpubl. Beitrag zur Tagung Deutschland 1871. Die Nationalstaatsgründung und der Weg in die moderne Wirtschaft, Heidelberg Center for American Studies, 2.–4. März 2020.

14 *U. Pfister*, The quantitative development of Germany's international trade during the eighteenth and early nineteenth centuries, in: Revue de l'OFCE 140, 2015, S. 175–221; *Ders.,* Great divergence, consumer revolution and the reorganization of textile

gelöhne und eines tendenziellen Rückgangs des realen Landeinkommens pro Hektar[15] ist dieser Befund ziemlich bemerkenswert, denn das Außenhandelswachstum kam jedenfalls nicht durch eine Zunahme der pro Tag oder pro Hektar erzielten Einkommen zustande. Entweder verschoben sich Nachfragepräferenzen deutscher Konsument*innen massiv zugunsten gehandelter Güter, und/oder Produktionsfaktoren wurden intensiver genutzt, etwa in Gestalt einer sogenannten Fleißrevolution.[16] Angesichts der Außenhandelsstruktur erscheint eine Steigerung des Arbeitseinsatzes verbunden einer Veränderung von Nachfragepräferenzen bezüglich gehandelter Güter durchaus plausibel. Deutschland exportierte vor allem Manufakturgüter – in erster Linie Leinen, in zweiter Linie Kammgarnerzeugnisse und zunehmend auch Baumwollwaren sowie Metallwaren. Das Wachstum der Einfuhren wurde vor allem durch Kolonialwaren getragen; an erster Stelle standen Zucker und Kaffee.

Unmittelbarer Grund sowohl für das Außenhandelswachstum als auch die Herausbildung eines spätmalthusianischen Ungleichgewichts scheint somit die seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts an Breite gewinnende Entwicklung regionaler Exportgewerbe oder Protoindustrien gewesen zu sein.[17] Die daraus folgende Zunahme der Arbeitsnachfrage kann als Hauptursache dafür angesehen werden, dass sich im 18. Jahrhundert der negative Zusammenhang zwischen Bevölkerung und dem Reallohn gegenüber dem 16. Jahrhundert abschwächte. Soweit regionale Exportgewerbe auch die Landbevölkerung einbezogen, baute ihre Entfaltung überdies die aus den starken jahreszeitlichen Schwankungen des Arbeitsbedarfs in der Landwirtschaft resultierende saisonale Unterbeschäftigung ab. Der zusätzliche Arbeitseinsatz außerhalb der Landwirtschaft dämpfte den Effekt des fallenden Reallohns pro Tag auf das Haushaltseinkommen. Er ermöglichte es auch, dass selbständige Haushalte mit geringen Ressourcen an Land gegründet wurden: Das Auskommen aus gewerblichen Tätigkeiten diente dem Zukauf von Nahrungsmitteln; da besonders die Textilherstellung weniger körperliche Arbeitskraft benötigte als die Tätigkeit in der Landwirtschaft, konnte man zudem mit geringeren Kalorienrationen, ergänzt um eintönige Arbeit erleichternde Muntermacher wie Kaffee, eine auskömmliche Lebenshaltung gewährleisten.[18] Aus dieser Sicht war das spät-

markets. Evidence from Hamburg's import trade, eighteenth century (LSE Economic History Working Papers 266, 2017), auch zur nachfolgenden Übersicht über die Güterstruktur des Außenhandels.

15 Zum Reallohn siehe Abb. oben, zum realen Einkommen aus Landverpachtung *J. Bracht/U. Pfister*, Landpacht, Marktgesellschaft und agrarische Entwicklung. Fünf Adelsgüter zwischen Rhein und Weser, 16.–19. Jahrhundert, Stuttgart 2020, S. 231 u. 236.

16 *J. de Vries*, The Industrious Revolution. Consumer behavior and the household economy, 1650 to the present, Cambridge 2008.

17 *K.H. Kaufhold*, Gewerbelandschaften in der frühen Neuzeit (1650–1800), in: *H. Pohl (Hg.)*, Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 112–202, hier S. 173 u. 186.

18 *P. Kriedte/H. Medick/J. Schlumbohm*, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalis-

malthusianische Ungleichgewicht im 18. Jahrhundert durch die Kombination einer Präferenz für die mit der Haushaltsgründung verbundene Selbständigkeit, den Abbau saisonaler Unterbeschäftigung durch die Entwicklung regionaler Protoindustrien und die Veränderung der Präferenz für Nahrungs- und Genussmittel bedingt.

Nun beschleunigte und verbreiterte sich die Entwicklung regionaler Exportgewerbe natürlich keineswegs aus dem Nichts, und dies bringt uns zu den fundamentalen Gründen, welche das Entwicklungsmuster der deutschen Wirtschaft im 18. Jahrhundert hervorbrachten. Zwei potentiell relevante Faktorenbündel sind zu nennen; das erste bezieht sich auf den Wandel der Handelstechnik, das zweite auf den Prozess der Staatsbildung.

„Es ist nichts welches den Handel besser erhält als Commissionarien oder Factorn und Correspondenten. Dann vermittelst deren können die Kauffleute und Banquierer durch die ganze Welt so wohl in Ein- und Verkauff der Wahren als in Tratten und Remessen von einem Ort zum andern handeln, und dörffen [=müssen] nicht einmahl aus ihren Gewölbern oder schreibstuben gehen; […].“[19] So beschrieb Jacob Savary 1676 den vollkommenen – wir würden sagen: modernen – Kaufmann. Dieser besuchte keine Messen mehr, auch trug er keine Waren oder Bargeld zwischen den Absatzmärkten und seiner Heimat hin und her. Vielmehr saß er sich zu Hause im Kontor seinen Hintern platt, organisierte gestützt auf Geschäftskorrespondenz (und Post[20]) seine Transaktionen und nutzte dabei spezialisierte Handelsdienstleistungen: Kommissionäre und Faktoren für den Handel sowie Bankhäuser für den bargeldlosen Zahlungsverkehr mittels Handelswechseln – die von Savary genannten „Tratten und Remessen“ sind Varianten davon. Kaufmannshandbücher, die in wachsender Zahl gedruckt wurden, vermittelten die Kenntnis, welche Handelsbräuche an entfernten Handelsplätzen galten, Preiskuranten verbreiteten Informationen über aktuelle Preise.[21]

---

mus, Göttingen 1977, Kap. 2 u. 3; *G. Clark/M. Huberman/P.H. Lindert*, A British food puzzle, 1770–1850, in: Economic History Review 2/48, 1995, S. 215–237; speziell zum Kaffeehandel und -konsum *Pfister*, Quantitative development, S. 193f. u. 214f.; *Ders*., Great divergence, S. 43–47.

19 *J. Savary*, Der vollkommene Kauff- und Handelsmann oder allgemeiner Unterricht alles was zum Gewerb und Handlung allerhand beydes Frantzösischer als Außländischer Kauff-Wahren gehört, Genf 1676, zit. nach dem Neudruck, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1978, S. 162 u. zit. nach *S. Gorißen*, Differenzierung und Spezialisierung im Fernhandel des 17. und 18. Jahrhunderts. Zur Bedeutung des Kommissions- und Speditionshandels, in: *S. Hilger/A. Landwehr*, Wirtschaft – Kultur – Geschichte. Positionen und Perspektiven, Stuttgart 2011, S. 45–63, hier S. 48. Auch das Folgende stützt sich auf *Gorißen*, Differenzierung u. *Ders*., Vorindustrielle Unternehmer? Ökonomische Akteure und Betriebsformen im 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: JWG 2/53, 2012, S. 39–61.

20 *W. Behringer*, Im Zeichen des Merkur. Reichspost und Kommunikationsrevolution in der Frühen Neuzeit, Göttingen 2003, insbes. S. 656.

21 *M. Denzel*, Handelspraktiken als wirtschaftshistorische Quellengattung vom Mittelalter bis in das frühe 20. Jahrhundert. Eine Einführung, in: *Ders. (Hg.)*, Kaufmanns-

Die Veränderung von Handelstechniken und der Unternehmensorganisation hin zum Vertrieb mittels Geschäftskorrespondenz und bargeldlosem Zahlungsverkehr, der sich auf spezialisierte Dienstleistungen und eine darauf zugeschnittene Kommunikations- und Informationsinfrastruktur stützte, lässt sich mit Fug und Recht als Zweite Kommerzielle Revolution bezeichnen.[22] In zeitlicher Parallele dazu bildete sich in Europa in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der sogenannte Balassa-Samuelson-Effekt heraus, d.h. das Preisniveau in verschiedenen Städten korrelierte positiv mit dem Grenzprodukt der Arbeit, was eine Gewichtszunahme des gehandelte Güter produzierenden Sektors und damit eine Integration der Märkte für nicht-landwirtschaftliche Produkte anzeigt.[23] Die aus dem Wandel der Handelstechnik folgende Angebotsausweitung schlug sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zunächst in der demographischen Expansion und vor allem in einer Reallohnzunahme in den am Saum der Nordsee gelegenen Handelsmetropolen nieder. Im deutschen Raum galt dies insbesondere für Hamburg.[24] Bis ins späte 18. Jahrhundert griff die Zweite Kommerzielle Revolution dann ins zentraleuropäische Hinterland aus. Konkret wurden deutsche Handelsplätze allmählich ins System des internationalen bargeldlosen Zahlungsverkehrs integriert, und die entstehenden Bankhäuser schlossen zunehmend auch die Kaufleute in peripher gelegenen protoindustriellen Gewerbedistrikten daran an.[25]

Der handelstechnische Fortschritt und die darauf basierende Entwicklung regionaler Exportgewerbe strahlten auch auf den Agrarsektor aus. Jedenfalls konvergierten in der zweiten Hälfte des 17. und im frühen 18. Jahrhundert vor allem in Nordwestdeutschland sowie entlang der großen Flüsse (Rhein, Elbe) die in einzelnen Städten gezahlten Preise für Roggen, was eine Integration von Agrarmärkten

---

bücher und Handelspraktiken vom Spätmittelalter bis zum beginnenden 20. Jahrhundert, Stuttgart 2002, S. 11–45; *P. Jeannin*, Marchands d'Europe. Pratiques et savoirs à l'époque moderne, Paris 2000, Kap. 13–20, insbes. S. 351; *J. McCusker*, The demise of distance. The business press and the origins of the information revolution in the early modern Atlantic World, in: American Historical Review 2/110, 2005, S. 295–321.

22 Die Erste Kommerzielle Revolution bezieht sich auf das Hochmittelalter; vgl. *R.S. Lopez*, The Commercial Revolution of the Middle Ages, 950–1350, Englewood Cliffs, NJ 1971.

23 *U. Pfister*, Internationale Kaufkraftdisparitäten und die zwei ‚Großen Divergenzen', 16.–18. Jahrhundert, in: *R. Walter (Hg.)*, Globalisierung in der Geschichte. Erträge der 23. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 18. bis 21. März 2009 in Kiel, Stuttgart 2011, S. 125–146.

24 *U. Pfister*, The timing and pattern of real wage divergence in pre-industrial Europe. Evidence from Germany, c. 1500–1850, in: EHR 3/70, 2017, S. 701–729, hier S. 721f.

25 *M. Denzel*, Die Integration Deutschlands in das internationale Zahlungsverkehrssystem im 17. und 18. Jahrhundert, in: *E. Schremmer (Hg.)*, Wirtschaftliche und soziale Integration in historischer Sicht, Stuttgart 1996, S. 58–109; *F. Zellfelder*, Das Kundennetz des Bankhauses Gebrüder Bethmann, Frankfurt am Main, im Spiegel der Hauptbücher (1738–1816), Stuttgart 1994, S. 131–133 u. 139–142.